Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 25,— Mk. Durch die Post monatl. 25,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Leschenselbstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 200 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, ausschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 1,50 Mark | Sonnabend, den 24. Juni 1922 | 2. Jahrgang. Nr. 145

Gescheiterte Tarifverhandlungen im Mansfelder Bergbau

WTB. meldet aus Eisleben:

Die Tarifverhandlungen mit der Mansfeld-A.-G. sind vorläufig gescheitert. — **Die Forderung der Arbeiterschaft war 25 Mk. je Schicht** ab 1. Juni. Das **Angebot der Mansfeld-A.-G. war 8 Mk. je Schicht** ab 16. Juni. Die Lohnforderung der Arbeiter, die Ende Mai der Mansfeld-A.-G. übermittelt wurde, wurde dahin beantwortet, daß sie vorläufig **nicht in der Lage wären, in Lohnverhandlungen einzutreten.** Bei den Tarifverhandlungen am Mittwoch (das Arbeitsministerium war bereits zur Vermittlung angerufen) teilte man den Vertretern der Arbeiterschaft mit, daß am Freitag die Verhandlungen stattfinden könnten. Von Arbeitnehmerseite werden zum Vergleich die Löhne der Braunkohlen- und Kalibergarbeiter angeführt, die hier in Mitteldeutschland in Frage kommen. Nach den letzten Zulagen beträgt der Spitzenlohn in der Braunkohle ab 1. Juli 167 Mk., dazu ein Kindergeld von 6,50 Mk. und ein Haushaltsgeld von 5 Mk. je Schicht. Im Kalibergbau werden 172 Mk. und Haushaltsgeld und Kindergeld wie im Braunkohlenbergbau gezahlt. Im Mansfelder Erzbergbau beträgt der Lohn nach Bewilligung der geforderten 25 Mk. 143,75 Mk., Kindergeld 5,50 Mk., Haushaltsgeld 4,50 Mk.

*

Die Mansfelder Kumpels müssen eine wahre Lammsgeduld aufbringen, wenn sie bei dieser unverschämten Haltung der Grubenbarone eine ruhige Haltung bewahren wollen. Trotzdem der erst kürzlich veröffentlichte Geschäftsbericht der Mansfelder A.-G. ungeheure Millionengewinne aufzeigte, bieten die Grubenprotzen ganze 8 Mark bei einer Forderung von 25 Mark. Zunächst wollten die Geldsäcke überhaupt nicht verhandeln und es bedurfte erst einer Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums, um sie an den Verhandlungstisch zu bringen. Die oben mitgeteilten Löhne im Bergbau zeigen, daß die Mansfelder Kumpels, selbst wenn ihre Lohnforderung von 25 Mk. bewilligt würde, immer noch weit hinter den Schichtlöhnen ihrer Kameraden im Braunkohlen- und Kalischacht zurückstehen. Es bedarf keines weiteren Beweises, daß die Forderung völlig gerechtfertigt ist.

Die Mansfelder Bergarbeiter werden den Kampf geschlossen führen müssen, wenn die Grubenprotzen ihn haben wollen.

Die Mansfelder Arbeiter hinter dem Leipziger Betriebsrätekongreß

Die Belegschaft der Grube „Walters Hoffnung", A. Riebeckische Montanwerke, lehnte in der am 22. Juni stattgefundenen Versammlung den Fehlspruch des Schiedsgerichts ab und stellte sich einmütig hinter den Leipziger Betriebsräte-Kongreß. Sie fordern die Kollegen der anderen Gruben auf, ebenfalls einen Delegierten am 2. Juli nach Hannover zu entsenden.

So bricht sich der Wille zum Kampf gegen die Verelendung immer mehr und mehr Bahn.

Die Reichswehr bezieht im Hessischen Braunkohlengebiet Quartiere!

Aus Kassel wird uns geschrieben:

Große Truppenverbände der Reichswehr sind zur Zeit zu einem „Manöver" im Sennelager konzentriert. Orgeschformationen hatten am vergangenen Sonntag auf demselben Uebungsplatze eine große „Felddienstübung".

Offenbar zieht die Konterrevolution ihre Truppen zusammen, um sie schlagbereit stehen zu haben.

Erst in der vergangenen Woche wurde unser Bezirk von manövrierenden Reichswehrkompagnien, die alle nach dem Sennelager zogen, heimgesucht. Für den 26. Juni sind wiederum größere Reichswehrverbände in Lichtenau, Fürstenhagen und den umliegenden Ortschaften angemeldet. Sie sollen dort Quartiere beziehen.

Sollte diese Einquartierung etwa mit den allgemeinen Rüstungen der Konterrevolution im Zusammenhange stehen? Zu verwundern wäre das bei der heutigen Zusammensetzung der Reichswehr nicht.

Die Einquartierung in Lichtenau und Fürstenhagen ist um so auffälliger und wird von der dortigen Arbeiterschaft um so mehr als direkte Herausforderung aufgefaßt, als die Bergarbeiter in diesem Gebiete in einem schweren Kampfe gegen Unternehmerwillkür stehen.

Gerade jetzt heißt es für die gesamte Arbeiterschaft auf dem Posten sein, damit sie nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Geschlossene Front gegen die Konterrevolution

Leipzig, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern nachmittag fand eine Massendemonstration der drei sozialistischen Parteien auf dem Augustusplatz statt, in der Redner aller drei Parteien über die Notwendigkeit der Einheitsfront gegen die Reaktion sprachen. Es waren mehr als 25 000 Arbeiter aufmarschiert. Die Kundgebung verlief mit großer Ruhe und Geschlossenheit.

*

Buer i. W., 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die drei sozialistischen Parteien haben beschlossen, am 28. Juni gegen die Treibereien der Reaktion eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten

Grimma i. Sa., 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Grimmaer Betriebsräte, die nur zu einem geringen Teil der KPD. angehören, erklärten sich mit den Forderungen unserer Partei einverstanden und verlangen deren Durchführung sowie schärfsten Kampf gegen die Reaktion.

*

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) An dem Tage der deutschnationalen Hauptoffensive, am 28. Juni, werden wahrscheinlich auch in Berlin große Gegendemonstrationen der Arbeiterschaft stattfinden. Die USPD. hat bereits die Beteiligung beschlossen. Daß die KPD. daran teilnimmt, ist bekanntlich gesichert.

Deutschnationale Urheber der Hamburger Attentate

Hamburg, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Urheber der Sprengstoffattentate ist gestern in Person des 20jährigen Volontärs Schrader, einem Deutschnationalen, verhaftet. Man fand bei ihm mehrere Pfund Schwarzpulver, Patronen, Zünder und Sprengkapseln. Schrader steht mit einer Reihe gleichaltriger Orgeschjünglinge in Verbindung. Das Attentat gegen die „Hamburger Volkszeitung" ist bereits eingestanden.

Auch das Wolffsche Bureau meldet, daß der Täter bereits gestanden habe, einen Sprengkörper in ein Loch des Schaufensters der „Volkszeitung" gesteckt zu haben, um die dort ausgestellten kommunistischen Schriften zu vernichten. Damit vergleiche man die bodenlose Frechheit der Schmieranten in der „Halleschen Zeitung", die dreist und gottesfürchtig behaupten, die Attentate wären von den „Parteibonzen" der Arbeiter bestellt. Durch diesen Schwindel sucht die Reaktion ihre Schandtaten zu vertuschen, aber die Herrschaften sind erkannt und werden ihrem Lohne nicht entgehen.

Die Verteidiger angekommen

Gestern vormittag sind die Verteidiger der Sozialrevolutionäre, Vandervelde, Liebknecht und Rosenfeld in Berlin eingetroffen. Sie wurden, wie wir vorausgesehen, empfangen. Am Bahnhof waren erschienen: eine Delegation der Auslandsvertretung der SR. und — ein Mitglied der „Vorwärts"-Redaktion. Vandervelde begab sich darauf in das Bureau des Sozialdemokratischen Parteivorstandes, wo „eine überaus herzliche Begrüßung der tapferen Vertreter (!!)" stattfand. Schade nur, daß man in Moskau von dieser Tapferkeit nichts gemerkt hat, außer einem sehr tapferen Milliardenankauf von Zobelpelzen durch Vandervelde. Allerdings hat ein ehemaliger königlicher Minister besondere Allüren und Bedürfnisse.

Liebknecht und Rosenfeld haben noch keinen Bericht über ihren Empfang ausgegeben. Es ist auch nichts bekannt, wie das unabhängige Zentralkomitee sich über die „Tapferkeit" ihrer Vertreter geäußert hat. Inzwischen hat sich aber Rosenfeld von einer bürgerlichen Korrespondenz interviewen lassen. Wir wollen heute nicht annehmen, daß die Unterredung den Tatsachen entspricht. Fährt Rosenfeld in dieser Manier fort, dann wird er in Kürze seinen Meister Vandervelde übertreffen. Es scheint, daß den „linken" Rosenfeld die Lorbeeren seines Freundes Dittmann, die er sich nach dem vierten Weltkongreß geholt hat, nicht schlafen lassen. Wir warten ....

Monarchistenwirtschaft im Finanzministerium

Millionen und Abermillionen für die Hohenzollern — Für Altersrentner, Witwen, Waisen und untere Beamte nichts — Hohenzollernprinzen haben den Vorrang als Beamte im preußischen Finanzministerium

Am Freitag begann der Preußische Landtag die Beratung des Etats des Finanzministers. Während der Sozialdemokrat Lüdemann, der frühere Finanzminister, mit den zartesten Worten einige Wünsche über Beamtenstellenbesetzung und Hohenzollernabfindung säuselte, der Unabhängige Meier lediglich moralisch und rechtlich auf die Hohenzollern einging und die Bürgerlichen sich im wesentlichen mit finanztechnischen Fragen bescheideten; rollte unser Genosse Katz den ganzen Komplex der mannigfaltigen Gebiete auf, die beim Finanzminister ressortieren, stellte sie in den Rahmen der allgemeinen politischen Lage und enthüllte zuletzt ein Dokument, das die enge Verbindung des preußischen Finanzministers mit den Hohenzollern und den **planmäßigen und verabredeten Verrat von Staatsinteressen zugunsten der Hohenzollern** glatt nachweist. Die Veröffentlichung des Dokumentes hatte solche Wirkung, daß der Finanzminister von Richter erregt aufsprang, mit seinen Geheimräten sich eilends besprach und, da er in der peinlichen Verlegenheit nichts zu antworten wußte, trotz der frühen Zeit die Sitzung plötzlich abgebrochen wurde.

Rede des Genossen Katz:

Das Kunterbunt des Finanzhaushalts ist das getreue Spiegelbild des planlosen kapitalistischen Staates, den er widerspiegelt, der kappitistische Volksparteiler von Richter sein richtiger Repräsentant. **„Sparsamkeit" für die Opfer des kapitalistischen Systems, steigende Ausgaben für seine Nutznießer.** Die Arbeiter, die unteren Beamten, vor allem die Altersrentner und Invaliden, deren Etat hier beim Finanzminister ressortiert, sind im tiefsten Elend. Witwen und Waisen der Staatsangestellten und Staatsarbeiter bekommen heute 250, 200, 100, ja 40 Mark und darunter für den ganzen Monat! Wir beantragten, die Pensionen aller Altersrentner, Witwen und Waisen auf das Existenzminimum zu erhöhen: Bürgertum und die sogenannten Sozialdemokraten stimmten den Antrag nieder! Wir beantragten, die Bezüge der Unterbeamten auf das Existenzminimum zu erhöhen: Bürgertum und Sozialdemokraten lehnten es ab. In der gleichen Sitzung aber brachten Sozialdemokraten und alle Bürgerlichen einen gemeinsamen Antrag ein: die Repräsentationsgelder der politischen Beamten „angemessen" zu erhöhen! Jetzt liegt der Regierungsantrag vor:

für Freß- und Saufgelage dem Ministerpräsidenten 100 000 Mark, den Ministern 40 000 Mark und selbst den Landräten 6000 Mark jährlich, und zwar mit rückwirkender Kraft von 1921 ab neben ihren hohen Gehältern besonders zu bewilligen.

Ein besonderer Gesandter in Dresden erhält 24 000, ein Gesandter in München 30 000 Mark Repräsentation extra! Herr von Richter sang ein Loblied auf seine Beamten aus der alten Zeit: Tadellose Führung, Pflichttreue! Kein einziger von ihnen, der kein Kapitalistensöhnchen, Faxke und Korpsstudent war. Die paar neuen Arbeiterbeamten, Landräte, Regierungs- und Oberpräsidenten, fühlen sich nicht als Gegenvertreter des Proletariats, sondern als Sachwalter des Kapitalistenstaates. Längst hätte bei der furchtbaren Not die Energie des Proletariats ausgereicht, diesen Staat zu zerschmettern, wenn nicht gerade diese „Arbeitervertreter" mit ihrem Einfluß aber auch mit Bajonetten und Flammenwerfern, das Proletariat von der Erkenntnis seiner ökonomischen Macht abbrächten. Den Dank dafür gibt ihnen der Finanzminister jetzt. Er wagt es, einen Antrag vorzulegen, **nach welchem alle alten Beamten, die bei und seit der Revolution entlassen wurden, als zu unrecht entlassen gelten!** Die Wilhelminischen Scheinräte rufen sämtlich wieder ein. Ja, noch mehr! Obwohl das falsche Gutachten des Finanzministeriums in der Hohenzollernfrage darauf zurückgeführt wurde, daß es von Agenten der Hohenzollern, von drei Hofbeamten, die „zufällig" dem Finanzministerium überwiesen waren, ausgefertigt war und ob dieser Entdeckung selbst „Vorwärts" und „Frankfurter Zeitung" Lärm schlugen, hat das Finanzministerium gemäß einem Protokoll, das uns Kommunisten in die Hände fiel, insgeheim den Hohenzollern vor kurzem dennoch die Zusicherung gemacht,

„daß es gleich sei, woher das Finanzministerium den für ihn nötigen Nachwuchs nähme, es räume aber den Bewerbern aus den Königlich Prinzlichen Nebenlinien den Vorrang ein."

Um was handelt es sich bei der Hohenzollernfrage? Die Revolution hat das Königtum beseitigt; selbst nach allgemeinem Staatsrecht ist die Republik Rechts- und Besitznachfolger der Monarchie. Die Hohenzollern behaupten jetzt, das Kroneigentum, große Teile des Dominialeigentums usw. seien nicht Eigentum der Monarchie, sondern persönliches Eigentum des Monarchen gewesen. Daraus ist ein zivilrechtlicher Streit entbrannt, wobei Bürgerliche und Sozialdemokraten mit zivilrechtlichen Argumenten operieren. Für uns Kommunisten ist die Streitfrage aber nicht nach Gesetzbüchern, sondern nach Macht und nach der Geschichte zu entscheiden. Die Hohenzollern nahmen 1866 bedeutendes die Krongüter Hannovers und Hessens an sich, nachdem sie fünf Jahrhunderte lang zusammengeraubt, was sie ergattern konnten. **Er sollte froh sein, dank der Halbheiten der Revolution, seinen Kopf noch zu tragen!** Statt dessen fordert der smarte Geschäftsmann Millionen und Abermillionen, und Bürgerliche und Sozialdemokraten sind bereit, sie ihm an den Hals zu werfen. Der sozialdemokratische Finanzminister Südekum hat mit ihm einen Vertrag geschlossen, nach welchem der Hohenzoller u. a. haben soll:

120 000 Hektar Landgüter und Forsten (schon 1920 mit 300 Millionen berechnet),

Schloß und Gut **Sacrow**, 1841 vom Staate (!) gekauft,

Babelsberg, von Wilhelm 1862 a la Hermes für 956 Taler und 6 Pfennige „gekauft",

den ganzen Kronschatz, alle Edelsteine, alles Edelmetall.

Bezahlung des gesamten Hofstaates durch Preußen (kostete schon 1920 30 Millionen mehr als Wilhelm Gebalt bekam),

ungeheure Kunstschätze unserer Museen,

100 Millionen Barabfindung (ohne Notopferabzug 162 Millionen).

Selbst in der SPD. erhob sich darüber ein Entrüstungssturm. Der Vertrag kam nicht zustande. Jetzt, nach mehr als einem Jahre, lickert durch, daß ihm die **Koalitionsregierung sogar 200 Millionen Bargeld zustecken will.** Diesem Manne, der sich in Holland selbst mit etwa 400 Millionen Mark Jahreseinkommen einschätzt, der Millionen und Abermillionen beim Verkauf seiner Memoiren in Dollarien verdient, dessen Prinz Friedrich Leopold 560 000 Mark Juwelen in die Schweiz verschoben hat. Mit diesem Geld wird hier die **monarchistische Propaganda getrieben**, der **Hindenburg im**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220624-15/fragment/page=0001

Bande umhergeführt, der 23. Juni finanziert. Auch ins Finanzministerium scheint der Gulden zu rollen.

Uns ist ein Dokument in die Hände gefallen, das ein Hohenzollernprinz, der den Staat betrogen hat, einem anderen zuschickte, um ihn zur Nachahmung anzuregen. Das Dokument zeigt, daß die Hohenzollern mit dem Finanzministerium unter einer Decke stecken, daß beide bewußt den Landtag für die heutige Beratung bestellen wollten und daß das Finanzministerium den Staat bereits zugunsten der Hohenzollern betrogen hat! (Die Dokumente drucken wir in unserer Nummer ab. Red.) Wir Kommunisten sind gegen jeden Bergleich. Wenn die deutschen Arbeiter das tun, was die russischen Arbeiter taten, wird auch die Hohenzollernfrage gelöst. Die Revolution, welch die papierne von 1918 fortsetzt, die soziale, die rote Revolution, wird dann freilich nicht nur mit den Hohenzollern, sondern mit der ganzen Kapitalistenbande, mit Finanzminister und Landtag, endgültig und energisch aufräumen.

Ablehnung der Getreidevorlage in der Ausschußberatung

Schiebung mit der SPD. hintenherum

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages ist heute der Regierungsentwurf zur Getreideumlage mit Stimmengleichheit abgelehnt worden. Schon im Unterausschuß, der bei der ersten Beratung eingesetzt wurde, konnte vorläufig keine Einigung erzielt werden. In der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses wurde zuerst der Antrag der Rechten auf Einführung der freien Wirtschaft mit 10 gegen 10 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen (5 Zentrum, 3 Demokraten) abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag für eine Umlage von 4½ Millionen Tonnen wurde mit allen gegen die Stimmen der SPD. und USPD. abgelehnt. Der deutschnationale Antrag, eine Umlage von 1½ Millionen Tonnen zu erheben, wurde mit 11 gegen 11 Stimmen ebenfalls abgelehnt; genau so der Vermittlungsantrag, 2 Millionen Tonnen Umlage aufzulegen. Schließlich wurde auch die Regierungsvorlage mit 11 gegen 11 Stimmen unter Stimmenthaltung des Zentrums und der Demokraten abgelehnt. Nach längerem Hin und Her wurde die Sitzung auf 5 Uhr nachmittags vertagt.

Der Regierungsentwurf ist abgelehnt. Die Sozialdemokratie hat erklärt, daß sie in diesem Falle aus der Koalitionsregierung austreten wird und Neuwahlen verlangt.

Die „Dena" meldet, daß die Koalitionsparteien verhandeln, um ein Kompromiß zustande zu bringen. Und während der Theaterdonner der SPD. in Volksversammlungen und Presse immer weiter geht, weiß die „D. A. Z", daß Statt Stinnes, schon zu berichten, daß hintenherum die Einigung erfolgt sei. Gestern nachmittag wurde im Reichstag beschlossen, die Umlage von 2½ Millionen Tonnen zu erheben. Der Rest wird in der Beratung des heute tagenden Volkswirtschaftsausschusses geschoben werden.

•

Siedler- und Pächterorganisationen für die kommunistischen Forderungen zur Getreidebewirtschaftung

„Der Siedlungsboden", Organ des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung, schreibt in seiner Nr. 18:

„Verschiedene Mitglieder wollen wissen, welche Partei eigentlich bei den Beratungen über die neue Umlage die vernünftigsten Anträge gestellt habe.

Antwort: Uns will es scheinen, daß der in Nummer 119 des „Reichs-Anzeigers" vom 23. Mai 1922 erwähnte Antrag der Kommunisten (Heydemann), wonach bei der Getreideumlage bei geringer Bodenqualität 15 Hektar, bei mittlerer 10 Hektar und bei guter Bodenqualität 8 Hektar der gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche eines Betriebes freibleiben und nur die Betriebe der Besitzer größerer nutzbarer Flächen herangezogen werden sollen, als sehr vernünftig anzusprechen wäre. Wenn die Sache nach diesem Antrage geregelt werden sollte, kommen die Kleinlandwirte nicht in Betracht und die über diese Fläche besitzenden Großbauern und Gutsbesitzer können tatsächlich die Umlage vertragen. Nur müßte dafür gesorgt werden, daß die Umlage sich dann mit der steigenden Größe des Besitzers pro Morgen sich ebenfalls steigert, damit die Großgrundbesitzer einmal deutlich merken, daß der Besitz in so großer Fläche auch zu größeren Leistungen verpflichtet."

Geheimverhandlungen im Haag

Ueber die Arbeitsmethode der Konferenz haben die drei Unterausschüsse im Haag, einem EE.-Bericht zufolge, folgenden Beschluß gefaßt: 1. Sie werden mit den entsprechenden russischen Unterausschüssen erst in Verbindung treten, wenn innerhalb der nichtrussischen Unterausschüsse ein volles Einvernehmen über die an die Russen zu richtenden Fragen hergestellt sein wird. 2. Die den russischen Delegierten vorzulegenden Fragen sollen von jeder Delegation dem Präsidenten der Kommission vorgelegt werden, der diese Fragen miteinander in Einklang zu bringen hat.

Durch diesen Beschluß wäre formell die kapitalistische Einheitsfront gegen Sowjetrußland hergestellt. Es liegt aber in der Natur der Dinge, daß diese Einheitsfront bei den großen Interessengegensätzen gelegentlich der ersten kritischen Frage auseinanderzugehen muß.

Eine der wichtigsten Fragen wird auch hier, wie in Genua, die Petroleumfrage bilden. Eben in dieser Frage gehen aber die Interessen der verschiedenen Gruppen am stärksten auseinander.

Der Vertreter der Shell-Company, Oberst Boyles, der auch in Genua Verhandlungen anknüpfte, ist hier eingetroffen und in demselben Hotel abgestiegen, in dem auch die russischen Vertreter wohnen.

Die nationale Bank-Internationale

Im „Deutschen Tageblatt", dem Leiborgan aller Völkischen, findet sich am 20. Juni eine Annonce, in der unter der Ueberschrift „Königreich Ungarn - Auslandsaktion" angekündigt wird, daß „nationalgesinnte Rittergutsbesitzer, Großgrundbesitzer, Landwirte, Industrielle und Offiziere sich an einem ungarischen Bankhause beteiligt haben, um gemeinsam mit diesen Kreisen das Unternehmen zu einer „Deutsch-ungarischen Großbank" (200 bis 400 Millionen ungarische Kronen Aktienkapital) „zu einem im strengsten Sinne des Wortes christlichen deutschen Bollwerk an der Pforte zum Balkan und Orient aufzubauen."

„Hohe deutsche Offiziere, die sich während und nach dem Kriege um ihr Vaterland verdient gemacht haben, wie sie auch im zukünftigen Deutschland ihren Mann zu stellen gedenken, stehen der Bank nahe und üben auf die Leitung derselben entscheidenden Einfluß aus."

Der deutsche Vertrauensmann des Konsortiums ist Eberhard v. Puttkamer, Kgl. preuß. Hauptmann a. D., München, Georgstraße 91.

Hauptmann Pabst und Oberst Bauer, die sich nach dem Kriege im Kapp-Putsch durch Arbeitermord in Deutschland verdient gemacht haben, gründen mit den ungarischen Arbeitermördern eine Bank zur höheren Ehre des Profits. Die deutsche Gegenrevolution beteiligt sich, um die nötigen Geldmittel für ihre Putschpläne aufzuspeichern. Eine Frage sei erlaubt: Wieviel Juden stehen hinter diesem echt christlich-deutschen Bollwerk?

Uebertritte zur KPD.

Im Saarrevier ist der bisherige unabhängige Kreistagsabgeordnete und erste Kreisdeputierte Jacob Eisenbarth zur KPD. übergetreten, ebenso der SPD.-Kreistagsabgeordnete Boß, beide, weil sie ihre Parteien nicht mehr unterstützen können. Der bisherige Vorsitzende und Gemeinderatsvertreter der SPD. in Quierscheid, Franz Boseler, ist ebenfalls zur KPD. übergetreten. Die Fraktion der KPD. im Kreistag zählt jetzt zehn Mitglieder, die der SPD. neun.

Tagung des 11. Gewerkschaftskongresses

4. Verhandlungstag

Abstimmung über die Anträge.

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Zusatzantrag zur Resolution des Bundesausschusses, der verlangt, daß die Gesetzwerdung der Zwangsschlichtungsordnung mit allen Mitteln bekämpft werden muß, wird angenommen. Die namentliche Abstimmung ergibt eine Ablehnung des Zusatzantrages. Dann wird über die Resolution Enderle-Walcher abgestimmt. Ueber den Absatz 4 der Resolution wird getrennt abgestimmt. Dafür stimmen 280, dagegen 290 Delegierte. Die Resolution Enderle wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die Resolution des Bundesausschusses zu den Leitsätzen des Referenten Sinzheimer wird einstimmig angenommen. Die Anträge werden so erledigt, wie es von der Redaktionskommission vorgeschlagen wurde. Genosse Walcher erklärt, daß, nachdem der 4. Absatz der Resolution Enderle abgelehnt wurde, sich bei der Abstimmung über die Resolution des Bundesvorstandes ein Teil der Delegierten aus Protest der Stimme enthalten hat.

Der Vorsitzende Leipart schlägt vor, eine Aenderung der Tagesordnung vorzunehmen und zunächst den Punkt 5

Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte

zu behandeln. Dem wird entsprochen.

Der Referent Wissell wende sich gegen den Antrag der Düsseldorfer Metallarbeiter, der davon spricht, daß Wirtschaftsräte und Arbeitsgemeinschaften in ihrer beabsichtigten Form dem Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft dienen und deshalb abzulehnen seien. Des längeren geht der Redner auf die Tarifverträge ein und versucht nachzuweisen, wie hier die Arbeitsgemeinschaft zum Wohl der Arbeiterschaft gereichte. Bei dieser Arbeitsnahme am Wirtschaftsprozeß erzielen wir die Kräfte, die wir später brauchen. Wissell versucht die Tatsache, daß durch die Arbeitsgemeinschaften der Klassenkampfcharakter verloren geht, zu vertuschen und nachzuweisen, daß die Verhandlungen am grünen Tisch mit dem Unternehmer, Klassenkampf seien. Wenn man die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmer als gegen die proletarischen Klasseninteressen verstoßend betrachtet, so sei das mangelndes Verständnis. Man fühlt sich manchmal geistig nicht gewachsen, mit dem Unternehmertum gemeinsam an einem Tisch zu sitzen. Der Gegensatz zu den Arbeitsgemeinschaften entspringe oft dem mangelnden Selbstvertrauen. In den Ausführungen Wissells kommt immer und immer wieder zum Ausdruck, daß es notwendig sei, mit dem Kapitalisten die Wirtschaften aufzubauen. Wenn die Zeit der Krise kommt, welch anderen Weg wollen wir gehen als den des gemeinsamen Zusammenwirkens, um die Krise zu lösen. Die geistige Unreife der Masse hindert heute noch die Durchführung der Sozialisierung.

Redner begründet die Schaffung der paritätisch zusammengesetzten Kammern und Bezirkswirtschaftsräte, auf denen sich der Reichswirtschaftsrat aufbauen soll und empfiehlt die Annahme der Resolution des Bundesvorstandes.

Als Korreferent spricht Simon vom Schuhmacherverband. Wissel hat uns bekannt gemacht mit der Verfassung. Aber wir wissen, daß nicht die geschriebenen Gesetze, sondern die wirtschaftlichen Machtverhältnisse ausschlaggebend sind. Formal sei eine Gleichberechtigung da. Wie es damit aussieht, erfahren wir tagtäglich. Es wurde versucht, darauf hinzuwirken, die Schlichtungsordnung zurückzuziehen. Hat die Regierung darauf etwas gegeben? Gegen die Bestrebung, die Wirtschaftsräte auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft herabzudrücken, muß Verwahrung eingelegt werden. Die Rätebewegung steht im Gegensatz zur Arbeitsgemeinschaft, die einen Ausgleich der Klassengegensätze herbeiführen will. Was ist denn der Erfolg der Arbeitsgemeinschaften gewesen? Der Referent Wissel war außerstande, konkrete Erfolge anzuzeigen. Nach dem Bericht des Bundesvorstandes sei der Rückkritt der Kappregierung durch die Bemühung prominenter Führer der Zentralarbeitsgemeinschaft erfolgt. Wir sind aber der Meinung, daß die Kappregierung durch den Generalstreik unmöglich wurde. Damals wurde von den Arbeitervertretern von den Industriellen verlangt, die Generalstreiktage zu entschädigen. Die Unternehmervertreter in der Zentralarbeitsgemeinschaft begnügten sich mit einer Empfehlung an ihre Mitglieder und verlangten Entschädigung aus öffentlichen Mitteln.

Während der großen Krise konnte durch die Zentralarbeitsgemeinschaft nichts für die Kurzarbeiter herausgeholt werden, wohl aber durch das Einwirken der einzelnen Organisationen. Simon weist darauf hin, daß bei der paritätischen Zusammensetzung der Wirtschaftsräte Hirsche, Christen, Neutrale und Verbraucher, wozu auch die Unternehmer gehören, in Frage kommen, die sich oft auf die Seite der Unternehmer stellen. Auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß forderte sogar Hue reine Arbeiterkammern im Gegensatz zu Umbreit, der für Arbeitskammern eintrat. Paritätische Zusammensetzungen hemmen die Stoßkraft der Arbeiterklasse, deshalb verlangen wir die reinen Interessenvertretungen der Arbeiterschaft. Die Unternehmer werden die paritätischen Kammern sabotieren. Nörpel ist zwar der Meinung, daß die Unternehmer das Betriebsrätegesetz nicht sabotieren. Ich hoffe, daß die Unternehmer Nörpel als Ehrenmitglied aufnehmen werden.

Dem Gedanken, die Arbeitsgemeinschaft sei die Vorstufe zum Sozialismus, kann ich mich nicht anschließen. Simon weist treffend an Hand von Beispielen die Schädlichkeit der paritätisch zusammengesetzten Körperschaften der Arbeitsgemeinschaften nach und empfiehlt die von ihm vorgelegte Resolution.

Kurz vor Schluß der Sitzung erlaubt sich der Vorsitzende Paeplow unerhörte Kritik an der Berichterstattung in der „Leipziger Volkszeitung" zu üben, indem er behauptet, die Feststellung in dem Stimmungsbild der „Leipziger Volkszeitung", daß Leipart Dißmann Unaufrichtigkeit und Unehrlichkeit vorgeworfen habe, sei unsachlich. Nachdem Dißmann unter lebhaftem Beifall darauf hingewiesen hat, daß es Sache der Redaktion einer Arbeiterzeitung ist, wie sie Stellung zum Gewerkschaftskongreß nimmt, wird die Sitzung auf Freitag vertagt.

5. Verhandlungstag

Leipzig, 23. Juni.

Diskussion über die Referate Sinzheimer und Wissell

Nach Eröffnung der Freitagssitzung durch Paeplow wird der Bericht der Redaktionskommission gegeben. Sie empfiehlt die Annahme der von Wissell vorgelegten Resolution, in der im Sinne des Referats Wissells gefordert wird, die paritätische Teilnahme der Arbeiterschaft in allen Organen der Wirtschaft, auch jener, die heute noch der Unternehmerschaft allein vorbehalten sind. Neben einer Reihe von Anträgen liegen noch Resolutionen von Walcher und Simon vor.

Als erster Diskussionsredner spricht Genosse Jffland (Eisenach), DMV. Er ist der Meinung, daß nicht bloß Schulung und Bildung genügt, um Macht auszuüben. Wir haben keine Veranlassung, uns mit den Unternehmern nicht an einen Tisch zu setzen. Es kommt nur darauf an, wie, ob im Interesse der Proletarier oder im Interesse des Aufbaues der kapitalistischen Wirtschaft. Durch die Arbeitsgemeinschaft im Zusammenhang mit der Koalitionspolitik wurden, besonders beim Eisenbahnerstreik, die Interessen des Proletariats schwer geschädigt. Auch die Technische Nothilfe ist ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft.

Der Redner belegt diese Tatsache durch Zitate aus Artikeln Dr. Striemers in der Betriebsrätezeitung. Uebergehend auf die Arbeitsgemeinschaft, die sich international im Arbeitsamt in Genf arbeiterschädigend auswirkt, beweist der Redner, wie die Kapitalisten ein Interesse an der Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes haben. In den paritätisch zusammengesetzten Wirtschaftsräten soll die Arbeitsgemeinschaftspolitik fortgesetzt werden. Genosse Jffland geht noch kritisch auf die Resolution Wissell ein und empfiehlt die kommunistische Resolution zur Annahme.

Die Entschließung der Kommunisten.

In der Epoche des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bekennt sich der Gewerkschaftskongreß mit besonderem Nachdruck zu den Methoden des folgerichtigen und rücksichtslosen Klassenkampfes und spricht aus, daß besonders in dieser Periode, wo die Klassengegensätze auf die Spitze getrieben sind und die historische Aufgabe des Proletariats in der Verwirklichung seiner sozialistischen Endziele besteht, das Zusammenwirken zwischen Arbeitervertretern und Kapitalisten auf dem Boden scheinbarer Gleichberechtigung in den sogenannten Arbeitsgemeinschaften mit Naturnotwendigkeit die Schädigung der Interessen der Arbeiterklasse im Gefolge haben muß.

Die praktischen Auswirkungen der Arbeitsgemeinschaften seit November 1918 und besonders in den letzten drei Jahren haben bewiesen, daß die Arbeiterklasse auf allen Gebieten Schritt für Schritt zurückgedrängt wurde, während die Klassenfeinde des Proletariats allerwärts an Boden gewonnen haben. Der Kongreß kennzeichnet darum die Auffassung, daß es mittels der Arbeitsgemeinschaften möglich sei, den Kapitalismus „von innen heraus" in der Richtung zum Sozialismus umzuwandeln und „Stück für Stück" in die sozialistische Gemeinschaft überzuführen, als eine verderbliche reformistische Illusion, die im Interesse des um Befreiung ringenden Proletariats rücksichtslos zu bekämpfen ist. Nicht weniger verderblich, und daher einer nicht weniger rücksichtslosen Bekämpfung würdig, ist die Auffassung, daß die Voraussetzung der Verwirklichung der sozialistischen Endziele „ein geistiges Hineinwachsen der Arbeiterschaft in die Wirtschaft und Wirtschaftsleitung" sei, das angeblich Resultat der Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften ist. Diesem schädlichen Trugschluß, der von den reformistischen Führern dem bürgerlichen Ideenkreis entnommen ist, ist die unbestreitbare Wahrheit entgegenzustellen, daß die soziale Revolution das Ergebnis des Zusammenprallens der auf die Spitze getriebenen Klassengegensätze sein wird, und daß erst die Voraussetzungen schaffen wird, damit das Proletariat in der Praxis lernt, die Wirtschaft zu leiten.

Indem der Kongreß feststellt, daß alle Errungenschaften der Arbeiterklasse im direkten Verhältnis zu der von der Arbeiterklasse im revolutionären Kampfe entwickelten Macht stehen, indem er sich mit Nachdruck zu dem Grundsatz bekennt: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein" erinnert er daran, daß die Arbeitsgemeinschaften für das Unternehmertum das Mittel zur Niederhaltung dieses Befreiungskampfes der Arbeiterklasse darstellen, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer mittels der Arbeitsgemeinschaften suchen, diesem Kampfe seine für das kapitalistische Vaterland schädliche Spitze abzubrechen. Daher lehnt der Kongreß die Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften in irgendeiner Form prinzipiell ab.

In den geplanten Wirtschaftsräten sieht der Kongreß einen Versuch der Bourgeoisie, dem Proletariat die Mitverantwortung für die Leitung der bankrotten kapitalistischen Wirtschaft aufzubürden, es gleichzeitig um so leichter von dem revolutionären Kampfe um die Uebernahme dieser Leitung in seine Hände abzulenken. Indessen macht das stinnesierte Kapital hinter dem Wandschirm der „grundlegenden Sozialreform" alle Anstrengungen, um die faktische Leitung der Wirtschaft an sich zu reißen. Der Kongreß entlarvt diese Versuche vor dem gesamten Proletariat und erklärt, daß die Anstrengungen der Arbeiterklasse nach wie vor auf das Ergreifen der Leitung der Wirtschaft in seine Hände im Wege des revolutionären Klassenkampfes gerichtet werden müssen, wobei als Organe dieser Leitung Wirtschaftsräte dienen werden, die lediglich aus Vertretern der werktätigen Masse bestehen werden.

J. Walcher und Genossen.

Dißmann führt eine Menge Beispiele an, die beweisen, daß die Arbeitsgemeinschaften nichts Positives den Arbeitern gebracht haben. Wir wollen das Schwergewicht bei der Zusammensetzung der Wirtschaftsräte nicht auf die Parität legen, sondern auf selbständige Arbeiterräte und Arbeiterkammern.

Ziska-Berlin (DMV.) polemisiert gegen Wissell und weist darauf hin, daß der größte Teil der Arbeiterschaft der harmonischen Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum ablehnend gegenübersteht.

Genosse Scholz-Landeshut (Textilarbeiterverband): Was man uns von den Arbeitsgemeinschaften versprochen hat, ist nicht eingetroffen. Auch die Massengräber der von der Soldateska erschossenen Arbeiter und die Klassenurteile legen Zeugnis davon ab, daß die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital der Arbeiterschaft keinen Nutzen gebracht hat.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Simon betont nochmals im Schlußwort, daß durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik versucht werden soll, die Aufrüttelung der Massen zu unterbinden, im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus.

Wissell bedauert in seinem Schlußwort, viel Kritik, aber keine ausreichenden Vorschläge gehört zu haben, und erklärt: „Wir wollen dem Klassenkampf nicht absagen, aber durch freiwillige Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern wichtige Probleme lösen."

Ausland

Die Erschießung des englischen Generals

London, 24. Juni. Die Mörder des Marschalls Wilson, O'brien und Connolly wurden dem Polizeigericht unter der Anklage vorgeführt, den Marschall ermordet und versucht zu haben, zwei Polizeioffiziere und eine Zivilperson zu ermorden. Die Gefangenen, die beide verbundene Köpfe hatten, werden vorläufig bis zum 1. Juli in Haft behalten. Der öffentliche Ankläger erklärt, das Gericht werde wahrscheinlich die Namen der Zeugen in diesem Falle geheimhalten müssen, und ersuche die Presse, ihn in dieser Hinsicht zu unterstützen. Die Polizei will im Besitz eines Schriftstücks sein, aus dem das Bestehen einer sorgfältig ausgearbeiteten Verschwörung gegen das Leben gewisser Persönlichkeiten und die Absicht eines terroristischen Feldzuges hervorgehe. Die Behörden haben weitgehende Maßnahmen ergriffen, um das Leben der Kabinettsmitglieder und anderer angesehener Persönlichkeiten zu schützen sowie zur Sicherstellung des Eigentums.

London, 23. Juni. Im Unterhause teilte Chamberlain mit, im Verfolg der Ermordung des Feldmarschalls Wilson seien Waffen und Brandkörper entdeckt und fünfzehn Männer sowie eine Frau verhaftet worden.

Blutiger Bergarbeiterkampf in den Vereinigten Staaten

Newyork, 24. Juni. Der seit Anfang April dauernde Kohlenstreik führte gestern zu einem ernsten Zusammenstoß. In Serrin (Illinois) kam es zu Kämpfen zwischen streikenden Gewerkschaftlern und Arbeitswilligen. In dem Handgemenge, das einen entsetzlichen Verlauf nahm, wurde mit größter Erbitterung gekämpft. Fünfzehn Arbeitswillige wurden mit einem Stein am Halse in einen Teich versenkt. Insgesamt blieben vierzig Personen tot auf dem Platze, darunter fünf Frauen. Eine größere Anzahl Frauen vermißt man.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220624-15/fragment/page=0002

Die Lage in Bulgarien

Vom 4. bis 7. Juni fand in Sofia der IV. Parteikongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens statt. 500 Delegierte, davon ungefähr die Hälfte aus den bäuerlichen Bezirken, vertraten 38 000 Mitglieder, die sich auf 87 Stadt- und 1425 Dorforganisationen verteilen. Sind die Mitgliederzahlen der Partei auch verhältnismäßig gering, so ist sie doch die einzige Arbeiterpartei des Landes, die die unbestrittene Führung des gesamten bulgarischen städtischen und ländlichen Proletariats hat. Die dem Namen nach bestehende sozialdemokratische Arbeiterpartei, die vor und während des Krieges größeren Anhang unter den Massen hatte, ist infolge ihrer erbärmlichen, nur der Bourgeoisie nützenden Politik zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Die KPB., die über einen großen Stamm erprobter Funktionäre verfügt, hat durch ihre revolutionäre Politik so das Vertrauen des bulgarischen Proletariats gewonnen, daß die Einheitsfront in Bulgarien nahezu hergestellt ist. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund mit 19 Verbänden und 29 000 Mitgliedern, die Genossenschaft mit 51 000 Mitgliedern, die Jugend mit 13 216 Mitgliedern und die Frauenkommissionen mit 4500 Mitgliedern sind die Organisationen, die von der Partei geschaffen wurden und geleitet werden. Dieser Einfluß der Partei muß aber noch bedeutend verstärkt werden, indem noch große Massen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen fernstehen und die auch sonst noch fester mit der Partei verbunden werden müssen.

Das Zentralkomitee der Partei und mit ihr die Funktionäre haben im letzten Jahre, wie der vorgelegte gedruckte Bericht ausweist, eine umfassende Arbeit zur Revolutionierung der Massen geleistet. In 9 Städten und 104 Gemeinden mit 139 Dörfern sind kommunistische Mehrheiten vorhanden und in 13 Städten und 139 Gemeinden hat die Partei die Mehrheit in den Schulräten. Aber diese Mehrheiten werden in ihrer Tätigkeit außerordentlich eingeschränkt, weil ihre Beschlüsse der Bestätigung durch die reaktionäre Bauernregierung unterliegen, die natürlich alle wirklich fortschrittlichen Maßnahmen der kommunistischen Gemeinden ablehnt oder ihnen die Unterstützung versagt. Entsteht schon aus diesem Grunde bei den Arbeitern der Drang nach Beseitigung dieser Regierung und ihre Ersetzung durch eine kommunistische, d. h. der Räteregierung, so ist es besonders die politische Krise, die gegenwärtig durch den von der Entente unterhaltenen General Wrangel mit seiner 20 000 Mann starken Armee und den mit ihm verbundenen bulgarischen Monarchisten hervorgerufen worden ist, die sehr stark zum Sturz der Regierung und der Uebernahme der Macht durch die Kommunisten treibt. Wenn die bulgarische Regierung Wrangel auch ausgewiesen hat, so steht doch fest, daß sie mit ihm wegen der Unterstützung seines Kampfes gegen Rußland und gegen die einheimischen Kommunisten verbandelt hat. Sie mußte die Ausweisung vornehmen, weil die die Regierung stützende Bauernpartei ebenso, wenn auch aus anderen Gründen wie die Kommunisten, gegen Wrangel ist. In dieser Doppeltolle, die die Regierung spielt, wäre es in der Tat bei der herrschenden Stimmung der Massen und ihrer Beeinflussung durch die Kommunisten nicht schwer, die Regierung zu stürzen und die Macht zu übernehmen. Unmöglich scheint es jedoch, jetzt schon eine Regierung in Bulgarien zu halten, weil die kommunistische Bewegung in den umliegenden Ländern noch zu schwach ist, um einen militärischen Angriff auf ein Rätebulgarien zu verhindern und auch eine wirtschaftliche Blockade, mit der sicher zu rechnen ist, würde eine Räteregierung in unüberwindliche Schwierigkeiten bringen. So befindet sich die KPB. in einer äußerst schwierigen Situation. Die Stimmung der Massen, die Lage in den kommunistischen Gemeinden und die politische Krise drängen nach einer solchen revolutionären Aktion, die sicher mit einem Siege enden würde. Aber ein Rückschlag würde wahrscheinlich auf längere Zeit die kommunistische Bewegung empfindlich schwächen. Und das ist auch offensichtlich der Zweck der von der Entente betriebene und von Wrangel und den bulgarischen Monarchisten ausgeführten Provokationen. Es ist möglich, daß dadurch die Parteileitung wider ihren Willen gezwungen werden kann, die Massen doch zu dieser Aktion aufzurufen. Umso notwendiger ist die weitere Stärkung ihres Einflusses auf die bulgarischen Arbeiter- und Bauernmassen.

In dieser Situation und von dieser Aufgabe erfüllt, fand der Parteikongreß statt, an dem als Vertreter der Kommunistischen Internationale der Genosse Miljutin teilnahm. Unter einer riesigen Beteiligung der Genossen aus der Provinz fand die Eröffnung des Kongresses statt, die gleichzeitig in und vor dem Kongreßlokal erfolgte. Mit einem nicht endenwollenden Jubel und Beifall wurde der greise Führer und Begründer der Partei, Genosse Blagojeff, bei seiner Eröffnungsansprache begrüßt. Er und die übrigen Führer der Partei erfreuen sich des unbedingten Vertrauens und einer starken Liebe der Parteigenossen, wie sie nur durch jahrelang erprobte Treue erworben wird. Sie haben die Arbeiter nie betrogen, sie nie enttäuscht und sind mit ihnen nicht nur durch eine jahrzehntelange Kampfesgemeinschaft, sondern auch rein menschlich so eng verbunden, daß sie wie eine Familie zusammenleben. In der großen Organisationsdebatte, die sich an den Bericht der Zentrale anschloß, wurde nicht negative Kritik, sondern positive Arbeit zum Ausbau und Stärkung der Partei und ihrer Propaganda geleistet. Die innere Geschlossenheit der Partei zeigte sich bei den drei Referaten und Abstimmungen über die Resolutionen zur inneren Lage, zur Taktik der Einheitsfront und zu den Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit. Unter großer Zustimmung und ohne Debatte wurden alle Resolutionen einstimmig angenommen und einstimmig wurden die zentralen Körperschaften wiedergewählt.

Am Schluß des Parteitages fand vor dem Neubau des großen Volkshauses ein Riesenmeeting der Sofiaer Arbeiterschaft statt, bei dem von sechs Tribünen unter andauerndem Jubel und Beifall die Vertreter der ausländischen Parteien und der KPB. sprachen. Es war ein Bild von gewaltiger Wirkung, als sich ein Wald von Händen für die Resolution erhob, in der Kampf und Arbeit für die Revolution gelobt wurde. Die gleiche Kampfesstimmung und die ernste Arbeit kam auch auf der Frauen- und der Jugendkonferenz zum Ausdruck, die in Anlehnung an den Parteikongreß stattfanden.

Die bulgarische Partei gehört neben der russischen zweifellos zu den besten Sektionen der Kommunistischen Internationale. Sie erwartet besonders von den deutschen Kommunisten insofern eine Unterstützung, als diese sich über die Lage auf dem Balkan genau orientieren und alles daran setzen, durch den Sturz der deutschen Konterrevolution den Weg für ein Fortschreiten der Weltrevolution freimachen. Immer wieder kam dieser Wunsch und diese Hoffnung in den Reden der bulgarischen Genossen zum Ausdruck.

W. Pieck.

Entschließung zum Bericht des Bundesvorstandes

(Schluß aus der gestrigen Nummer)

IV.

Wie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, hat die Bundesleitung auch in organisatorischen Fragen versagt. Aus der arbeitsgemeinschaftlichen Orientierung, aus der Abneigung, die Interessen der Arbeiterklasse durch proletarische Massenaktionen zu verteidigen, folgt die nur schlecht verhüllte

Abneigung gegen die Industrieverbände,

gegen den Ausbau der Gewerkschaften zu schlagkräftigen Kampforganisationen. Obwohl der Bundesvorstand die Unzulänglichkeit der bestehenden Organisationsformen nicht bestreiten kann, hat er nichts getan, um auf organisatorischem Gebiet die erforderlichen Aenderungen durchzuführen und so die Voraussetzungen für ein einheitliches Vorgehen bei den Kämpfen der verschiedenen Gruppen zu schaffen.

V.

Dieses völlige Versagen der Bundesleitung auf dem innen- und außenpolitischen Gebiet, auf dem Gebiet der Organisationspolitik und der internationalen Arbeiterpolitik ist die eigentliche Ursache der Verschlechterung der Lage des deutschen Proletariats, die in so krassem Widerspruch steht zum Wachstum seiner zahlenmäßigen Macht. Sie ist die unvermeidliche Folge der allgemeinen Einstellung der Bundesleitung, die sich grundsätzlich **auf den Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Notwendigkeit**

des Wiederaufbaus des Kapitalismus,

des kapitalistisch-demokratischen Vaterlandes stellt. Sie will **keine soziale Revolution,** und nährt die kindische Hoffnung, den Sozialismus auf dem Wege der „Wirtschaftsdemokratie" erreichen zu können. Aus Furcht vor den revolutionären Konsequenzen weigert sich die Bundesleitung sogar, die Macht der Organisationen und den drängenden Kampfeswillen der Massen für die Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse und für die Durchführung ihrer eigenen Forderungen auszunützen. Sie wagte nicht, die Erfüllung der von den Arbeitermassen der Regierung abgerungenen Versprechungen, die Beibehaltung der schon errungenen und jetzt bedrohten Zugeständnisse **durch Massenaktionen zu erzwingen,** obgleich die Arbeitermassen stets bereit waren, ihrem Ruf zum Kampf zu folgen und alle Opfer auf sich zu nehmen. Die Bundesleitung war im Gegenteil ständig bestrebt, jeder ernsthaften Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit auszuweichen, und versuchte, **im Geist der Arbeitsgemeinschaften** alle Konflikte auf dem Verhandlungswege in der Zentralarbeitsgemeinschaft, im Reichswirtschaftsrat und durch Beteiligung an der Koalitionsregierung zu lösen. Diese reformistische Taktik ging so weit, daß die Bundesleitung wiederholt bei sozialen Kämpfen dem Kapital behilflich war, das vorwärtsdrängende Proletariat niederzuschlagen.

VI.

Der Kongreß erklärt mit Nachdruck, daß die Politik der Bundesleitung weder den Interessen des deutschen, noch des internationalen Proletariats entspricht. Sie muß unbedingt und unverzüglich einer klaren und unzweideutigen Politik Platz machen, die die gewerkschaftliche Betätigung einstellen wird auf die

Ueberführung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische,

und zwar auf dem Wege des rücksichtslosen Klassenkampfes, der sozialen Revolution und Diktatur des Proletariats ohne jegliches Wanken und Schwanken.

Zu diesem Zwecke ist notwendig:

1. daß die Gewerkschaften auf die Betriebe aufgebaut und zu **Industrieorganisationen** umgewandelt werden;
2. daß innerhalb der Gewerkschaften die uneingeschränkte **proletarische Demokratie** herrscht;
3. daß der Gewerkschaftskongreß alljährlich zusammentritt und die Wahl der Delegierten durch Urabstimmung nach dem Prinzip der Verhältniswahl vorgenommen wird;
4. daß in den Mittelpunkt der Taktik der Gewerkschaften die **aktive Mitwirkung** der Arbeitermassen gestellt wird;
5. daß die ganze Macht der Gewerkschaften im Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse parlamentarisch und außerparlamentarisch eingesetzt wird;
6. daß mit den Arbeitsgemeinschaften in jeder Form gebrochen und gründlich aufgeräumt wird;
7. daß sich die Gewerkschaften einsetzen **gegen eine Koalitionsregierung** mit der Bourgeoisie, für eine **Arbeiterregierung;**
8. daß den Anschlägen des Kapitals auf die **Grundrechte des Proletariats** und auf seine **Lebenshaltung** nicht nur durch parlamentarische Druckmittel begegnet wird, sondern daß der Bundesvorstand gemeinsam mit den drei Arbeiterparteien das gesamte Proletariat zu **Abwehraktionen aufruft.**
9. Im besonderen hat sich die Bundesleitung mit allen der organisierten Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden Machtmitteln einzusetzen:
   a) für die sofortige Inangriffnahme der **Sozialisierung,**
   b) für die Durchführung der 28 Punkte (Bielefelder Abmachungen, Arbeitslosen- und Steuerforderungen),
   c) für die **Ablehnung der Arbeitslosenversicherung** und Ausbau der **Arbeitslosenfürsorge,**
   d) für eine ausreichende Versorgung der Kriegs- und Arbeitsinvaliden und Rentenempfänger,
   e) für den **Ausbau der Sozialgesetzgebung,** insbesondere für Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, für die Unantastbarkeit des Achtstundentages und für die Verteidigung der bisher für verschiedene Kategorien festgelegten kürzeren Arbeitszeit, für die **Sicherstellung des unbedingten Koalitions- und Streikrechts für das gesamte Proletariat einschließlich der Beamten,** für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts,
   f) die **Schlichtungsordnung, die Arbeitszeitgesetze,** das Arbeitsgerichtsgesetz, das Arbeitsnachweisgesetz sind in ihrer gegenwärtigen Fassung abzulehnen und durch eine **Kampagne** in den breitesten Massen zu bekämpfen,
   g) die unter dem Namen **„Technische Nothilfe"** bestehende Streikbrecherorganisation ist aufs schärfste zu bekämpfen und jede aktive oder passive Teilnahme an dieser Organisation durch den Ausschluß aus den Gewerkschaften zu ahnden.
10. Zur Bekämpfung der **militärischen und imperialistischen Reaktion** und der internationalen Kapitaloffensive muß in weitestem Maße an die **Klassensolidarität der Arbeiterklasse der ganzen Welt** appelliert und gemeinsame internationale Klassenaktionen in die Wege geleitet werden.

Walcher und Genossen.

Die Reparationspolitik eine Schraube ohne Ende

Berlin, 23. Juni 1922.

Der Reichstag erledigt zunächst eine Reihe Kleiner Anfragen und Vorlagen.

Hierauf kam der Deutschnationale Helfferich in der großen Aussprache über das Reparationsabkommen zum Wort. Er hielt eine sorgfältig vorbereitete, von wohlberechneter nationalistischer Pauke gegen die Regierung, zur Unterstützung des Aufmarsches der Konterrevolution. Dabei kam es wiederholt zu **Szenen Radauszenen zwischen der Rechten und der Linken.** Helfferich kreischte mit überschnappender Stimme in den Saal: Das einzig greifbare Resultat der Erfüllungspolitik sei Jammer in Oberschlesien, im Rheinland und an der Saar. Eine deutsche Regierung, die ohne Zustimmung des Reichstages wesentliche **Rechte des Volkes preisgibt,** gehöre vor den Staatsgerichtshof.

Genosse Stoecker

Die Entrüstungskomödien der Nationalisten sind ebenso widerlich wie verächtlich. **Nur in der deutschen Ebertrepublik ist es möglich, daß ein Bankrott-Minister und Kriegsverbrecher wie Helfferich eine so schamlose Hetzrede halten kann.** Willkür und Unterdrückungspolitik waren die Haupteigenschaften des alten Deutschlands. Wo blieb der deutschnationale Protest bei den Massendeportationen belgischer Arbeiter und Frauen, bei den Zerstörungen von Fabriken und Bergwerken in Frankreich, Belgien, Polen und Rußland? Und was hatte das besiegte Belgien und Frankreich von den deutschen Räubern zu erwarten gehabt? Ich erinnere an die Forderungen der sechs Wirtschaftsverbände: Annexion und Nichtlosmachung Belgiens, Annexion des französischen Küsten- und Kohlengebietes im Norden, des Erzbeckens in Briey, Annexion der Linie Belfort, Verdun, Nancy, gewaltigen Gebietsraub im Osten usw. usw. Ist das nicht genau dasselbe wie das, was heute Frankreich im Saargebiet und im Rheinland treibt?

Dabei muß festgehalten werden, daß in diesen Provinzen es lediglich das Bürgertum ist, das bereit ist, das Land an den „Erbfeind" zu verschachern, weil es dort besser Profite erhofft.

Eine ganze Anzahl Zentrumsleute und sogar ein Sozialdemokrat wirken im Saargebiet auf hohen verantwortlichen Posten zugunsten der französischen Regierung, obwohl sie wissen, daß Frankreich offene Annexionsabsichten auf das Rheinland und das Ruhrgebiet hegt. Das Proletariat, besonders im Rheinland und im Saargebiet, hat deshalb nur Ekel und Verachtung für den hier so entrüstungsfreudigen Prozentpatriotismus. Nun dem Reparationsabkommen: Die Stellung des neugebackenen USPD.-Mannes Levi für unbedingte Erfüllungspolitik ist kennzeichnend für seine Entwicklung. Er weiß, daß diese Politik bisher nur ein einziges großes Geschäft für das Kapital und ein stets wachsender Berg von Lasten auf dem Rücken des deutschen Proletariats war. Das Eintreten der USPD. für die Erfüllungspolitik ist ein **glatter Verstoß gegen ihre angeblichen revolutionären Grundsätze,** ein **überaus arbeiterfeindliches und arbeiterschädliches Verhalten.**

Die neueren Reparationsabkommen machen dem Kapital die Bahn frei für eine schrankenlose Ausbeutung des Reiches und damit des Volkes durch das deutsche Kapital. **Die ihm zugestandenen Weltmarktpreise sichern ihm Riesengewinne.** Gleichzeitig werden die Brotverbilligungszuschüsse trotz der grinsenden Not der Werktätigen in Deutschland abgebaut. So zeigt sich das Bemelmans-Abkommen als

ein neues Schandmal der deutschen Erfüllungspolitik.

Und diesem neuen Raubzug am deutschen Volke gibt die USPD. ihre Zustimmung! Sie will demnach nicht länger eine anonyme, sondern eine offene Koalitionspartei der deutschen Regierung sein. Uns Kommunisten reißt das Herz angesichts der täglich wachsenden Not der proletarischen Massen, der Unterernährung, der Tuberkulose, des Massensterbens des Proletariats. Wie reagiert die Regierung und Helfferich auf diese schreiende Massennot? Die Regierung „hofft" auf die Auslandsanleihe, für die ebenfalls das Proletariat wiederum alle Lasten wird tragen müssen, sei es durch neue Steuern, sei es durch die mit der Stabilisierung der Mark sicher eintretende Massenarbeitslosigkeit. Vorläufig gibt der neue Marksturz dem Kapital noch eine Atempause. Die Auslandsanleihe würde nur ein Aufschub der unausbleiblichen Endkatastrophe der deutschen Erfüllungspolitik sein, die doch nur eine Schraube ohne Ende zu ungunsten des Proletariats ist. Die imperialistische Weltpolitik geht munter weiter, schafft neue Gegensätze und eröffnet dem Proletariat eine bittere, trostlose Zukunft, sofern es sich nicht von der Herrschaft des Kapitals befreit. Es gibt noch einen Ausweg aus dem Finanzelend: **Erfassung der Sachwerte.** Aber dafür wollen die Herren Sozialdemokraten keinen Kampf führen. Die herrschenden Klassen seien gewarnt. Die proletarischen Massen sind aufs tiefste erbittert. Die scheinbare Ruhe, die draußen herrscht, ist nur die Ruhe vor dem Sturm. Das Proletariat hat es satt, sich mit parlamentarischen Scheingefechten zufrieden zu geben. Es fordert Aufgabe der Koalitionspolitik mit dem Bürgertum, es will den einheitlichen Abwehrkampf gegen die Bourgeoisie und das Kapital, und es findet sich trotz aller Sabotage der Führer der SPD. und USPD. mit den Kommunisten zusammen in dem Willen zum gemeinsamen Abwehrkampf. Die Einheitsfront wird kommen, weil die bittere Not und das Treiben der Gegenrevolution die Arbeitermassen dazu zwingt. (Beifall bei den Kommunisten.)

Der SPD.-Mann Sollmann protestierte gegen das Wüten des Militarismus in den besetzten Gebieten und hielt eine Wahlpauke für die Vorzüglichkeit der SPD.-Politik.

Der Reichsfinanzminister Hermes verteidigte gegenüber Helfferich seinen Pariser Kuhhandel.

Crispien „begründete" in fünf Minuten, von denen er drei verwandte, um auf den Ton der Deutschnationalen zu schimpfen, den USPD.-Gesetzentwurf über die Erfassung der Sachwerte. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen stimmten die Regierungsparteien und die USPD. für die Reparationsabkommen. Dagegen stimmten Kommunisten, Volksparteiler und Deutschnationale. Crispiens Antrag wurde von dem Bürgertum geschlossen niedergestimmt. Man will der revolutionären USPD. nicht einmal das Vergnügen eines Begräbnisses erster Klasse im Ausschuß gönnen. Er wird gleich auf dem Schindanger verscharrt.

Sonnabend 12 Uhr: Teuerungsinterpellation u. a.

Wenn Hindenburg reist

Am Donnerstag traf Generalfeldmarschall Hindenburg in Potsdam ein. Er reiste in einem Salonwagen, in dem sich zwei Eisenbahnbeamte befanden. Auf dem Bahnsteige wurde er von zwei höheren Eisenbahnbeamten empfangen. Er selbst war in Generalsuniform. Es wäre wichtig, zu erfahren, meint der „Vorwärts", wer diese eisenbahnamtlichen Begleitungs- und Empfangsfeierlichkeiten veranlaßt hat.

Die Personale der kommunistischen Druckereien Deutschlands

veranstalten am 2. Juli, vormittags 8 Uhr, in Halle a. S., in der „Goldenen Kette", Alter Markt 11, eine Konferenz. Jede KPD.-Druckerei muß mindestens einen legitimierten Delegierten entsenden. Für Quartiere ist gesorgt. Die volle Adresse der Delegierten ist sofort an Kurt Kirmse, Halle a. S., Mörmlitzer Straße Nr. 99, zu senden. — Die kommunistischen Parteiorgane werden um Abdruck dieser Notiz gebeten.

Landarbeiterdemonstration in Ober-Oesterreich

Linz, 23. Juni. In einigen Gemeinden Oberösterreichs befindet sich die sozialdemokratische Landarbeiterschaft im Streik, wobei ihr von der industriellen Arbeiterschaft von Steyr Unterstützung zugelagt wurde. Infolge von Anzeichen einer Drohung seitens der Streikenden mit Terrorakten richtete der **Bezirkshauptmann von Steyr an die industrielle Arbeiterschaft eine Warnung,** in der er auf die Bestimmungen des Koalitionsgesetzes aufmerksam machte. Als Folge hiervon erschienen gestern **etwa vierhundert Demonstranten** vor der Bezirkshauptmannschaft in Steyr. Der Bezirkshauptmann wurde **unter Mißhandlungen aus seiner Kanzlei herausgeholt** und von der Menge aufgefordert, seine Handlung zu rechtfertigen. Während seiner Erklärung wurde von der erregten Menge unter stürmischen Zurufen seine Abdankung verlangt. Schließlich zerstreute sich die Menge auf Zureden des Sekretärs des Landarbeiterverbandes und der Bezirkshauptmann wurde von Arbeiterführern in seine Kanzlei zurückgeleitet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220624-15/fragment/page=0003

Stadttheater
Sonntag, den 25. Juni, Anf. 7½, Ende 10 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Operette v. Joh. Strauß.
Montag, den 26. Juni, Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr:
Der Obersteiger
Operette von C. Zeller.

Modernes Theater
die Mir. Kleinkunst-Bühne.
Die Sterne des Kabarettes:
Drei Geschw. Kletts,
alpines Volkslieder-Terzett,
Dr. Hans L'Arronge,
Schriftsteller und Vortragskünstler,
Lafayette,
künstlerische Lichtvisionen.
12 hervorragende Kunstkräfte.

Reparaturen an **Uhren** sowie Gold- und Silber-Gegenständen u. Schmucksachen übernimmt bei solider Ausführung z. nomn. Preis.
H. Lerner,
Uhren-Reparatur-Werkstatt,
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Kaufhof-Kirche)

Schränke Vertikos Bettstellen mit Matratzen
sowie alle andern Möbel in großer Auswahl billig zu haben bei
Otto Thormann
Delitzscherstraße 14.

Jeder Herr trägt meine guten **Gummi-Sockenhalter** Paar nur **12,50**
Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 2.
2340

Hühnaugen
Ballen, Hornhaut, Nägel usw. werden in kurzer Zeit schmerzlos beseitigt. Zahlr. freiw. bestätigte Erfolge.
Der Dipo-Hellverfahr.-Ambulatorium,
Halle, Kaiserstr. 8 b. Sprechst. 10—12, 3—5, Sonntags 10—12 Uhr.

Leder,
Schuhmacher-Artikel, Schuhe nach Maß, billigste Preise.
F. Noah,
Leipziger Str. 16, Ecke Gr. Sandberg.

Stoffe,
gut und billig
Medelstraße 2, I, r.
458

Werbt für die „Produktiv-Genossenschaft"!

An die Mitglieder

unterstehender Konsum- u. Spargenossenschaften im Bezirke der Hallischen Einkaufsvereinigung.

Eine Frage:

Warum müssen die Mitglieder ihre Geschäftsanteile voll einzahlen?

Eine Antwort:

Weil die Geschäftsanteile das Betriebskapital der Genossenschaft bilden!

Mitglieder! Denkt daran, daß wir früher mit 30-Mk.-Geschäftsanteilen mehr Waren einkaufen konnten als heute mit 300-Mk.-Geschäftsanteilen! Zahlt den **Geschäftsanteil**, der **selbstverständlich persönliches Eigentum jedes einzelnen Mitgliedes bleibt,** möglichst schnell, eventuell ratenweise ein.

Einzahlungen werden in allen unseren Warenverteilungsstellen entgegengenommen.

Konsumverein **Ammendorf.**
Konsumverein **Delitzsch.**
Konsumverein **Dieskau** (Post Halle).
Konsumverein **Gollma.**
Konsum- und Spar-Genossenschaft **Gräfenhainichen.**
Allgemeiner Konsumverein **Halle** (Saale).
Konsumverein **Höhnstedt.**
Konsumverein- und Spar-Genossenschaft **Holzweißig.**
Allgemeiner Konsumverein **Lettin** (Saalkreis).
Konsumverein **Lieskau** (Post Dölau).
Allgemeiner Konsumverein **Löbejün** (Saalkreis).
Konsum- und Spar-Genossenschaft **Merseburg.**
Konsumverein **Osmünde** (Post Gröbers).
Konsumverein **Pohritzsch.**
Konsumverein **Reideburg** (Saalkreis).
Konsumverein **Roitzsch.**
Konsumverein **Rödgitz** (Post Ratzmitz).
Konsumverein **Sangerhausen.**
Allgemeiner Konsumverein **Schiepzig** (Post Salzmünde).
Konsumverein **Teutschenthal** (Mansfelder Seekreis).

1189

Restaurant Produktiv-Genossenschaft
Halle a. d. S.,
Lerchenfeldstraße 14
empfiehlt seinen kräftig.
Mittag- und Abendtisch.
Bier: Glas 5 Mk.

Große 2639 Auswahl guter **Oberhemden** besonders preiswert
Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2.

Fahrräder
Ersatz- u. Zubehörteile
Gummibereifung
empfiehlt 455
P. Krause,
Kleine Ulrichstraße 18a.
(hinl. Postel & Krosigwski).
Reparatur-Werkstätte mit elektrischem Betrieb.

Bettstellen,
Patent-Auflege-Matratzen, Küchen, Schlafzimmer, Sofas, Chaiselongues. 2631
Kurt Hoffmann,
Ludw. Wachterstr. 37.

Neuheit!
Gummi-Damenbinden
leicht und elastisch beim Tanzen, Radfahren usw. Kein Wundscheuern, kein Beschmutzen der Wäsche. Spülbuschen, Klylo, J. Schreiben v. 23. 6. 1922. Preisliste gratis.
Versand-Germania
Landsberger Str. 3, 1 Eis.

Graue Haare?
machen 10 Jahre älter. Wer auf Wiedererlangung seiner früheren Farbe des Kopf- und Barthaares Wert legt, 2638 gebraucht
„Jugentin".
Jugentin erzeugt durch Einwirkung auf die Haarwurzel allmählich die frühere Haarfarbe, ohne zu färben. Jugentin wirkt gerade und ideal gegen Schuppen und Haarausfall.
Flasche 40.— Mk.
Alleinverkauf für Halle:
C. Klappenbach
Gr. Ulrichstraße 41.

Bruchkranke
können ohne Operation u. Beruffstörung geheilt werden. Sprechstunden in **Halle a. S., Hot. „Grüner Baum"**, Franckestraße 14, am 28. Juni von 9—1 Uhr.
Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden.

K.P.D

Halle-Saalkreis.
Sonntag, 25. Juni, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark", Kartellzimmer (Halle):
Kreis-Konferenz.
Die gesamte Unterbezirksleitung tritt um 8 Uhr zu einer Vorbesprechung zusammen.

Bischdorf-Reideburg. Montag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Linde": Öffentliche Volksversammlung. Thema: „Die Gegenrevolution auf dem Marsche und die Stellung der Arbeiterklasse."

Nietleben. Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, in der „Sonne": Frauenabend.

Morl. Sonntag, 25. Juni, nachmittags 3 Uhr, bei Stoge: Mitgliederversammlung.

Kreis Bitterfeld.
Bitterfeld. Montag, 26. Juni, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": Mitgliederversammlung.
Greppin. Dienstag, den 27. Juni: Oeffentliche Versammlung. Thema: „Die politische Lage". Referent: Genosse Oertel, Halle.

Kreis Torgau.
Torgau. Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 Uhr, in der „Waldschenke": Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Mansfelder Seekreis.
Gerbstedt. Kommunistische Jugend. Sonntag, den 25. Juni, abends 7 Uhr, im „Jugendheim": Unterhaltungsabend. Musikspieler Instrumente mitbringen.

Mansfelder Gebirgskreis.
Sonntag, den 25. Juni, vorm. 9 Uhr, im „Bergschlößchen" zu Hettstedt: Kreiskonferenz. Jede Ortsgruppe muß Delegierte entsenden.

Unterbezirk Sangerhausen:
Sangerhausen. Sonntag, 25. Juni, mittags 1 Uhr: Treffen aller Ortsgruppen des Kreises Sangerhausen zur großen Demonstration gegen die Gefahr der Reaktion. Sammelpunkt: aller Arbeiter auf der Georgenpromenade.

Verschiedene Wanduhren, Wecker u. Taschenuhren,
gut erhalten und gut gehend billig zu verkaufen.
Lange, Eisleben, Breiter Weg 65.

Eisleben.

Arbeiter-Turnverein „Ludwig Jahn", Eisleben.
Sonntag, den 25. Juni, von nachmittags 3 Uhr an, im Saale der „Terrasse":
Gr. Tanzvergnügen.
Hierzu ladet ergebenst ein
384 **Der Vorstand.**

Soeben erschien! Z. LEDER Soeben erschien!
Die Offensive des Kapitals u. d. Einheitsfront des Proletariats
Der Verfasser schildert auf Grund des erschöpfenden Materials wie die Offensive des Kapitals in verschiedenen Ländern aussieht, welchen Gründen sie entspringt und welche Ziele sie verfolgt. *544
Preis Mk. 12.— (Organisation. Mk. 8.—)
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8
Bezug für die Organ. der KPD durch „VIVA", Berlin, Planufer 17

Helfta!
International. Bund der Kriegsopfer.
Sonntag, den 25. Juni, im Gasthof zu Helfta:
Sommerfest.
Nachm.: Gr. Konzert u. Ball. Abends: Ball auf zwei Sälen m. voll. Musikbesetzung. Schieß- und Kegelinteressen vorhanden. Die umliegenden Ortsgruppen, sowie das gesamte Proletariat von Helfta sind herzlich willkommen.
358 **Der Vorstand.**

Bekanntmachung.

Nachtrag zur Magistratsanordnung vom 10. August 1921, Brot- und Mehlpreise betreffend.

Auf Grund des § 34 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (R. G. Bl. S. 737) wird in Abänderung der §§ 8—9 der Magistratsanordnung vom 10 August 1921 für den Stadtkreis Eisleben bestimmt:

Artikel 1. Es beträgt der Preis für: 1. ein Pfund Marken-Roggenbrot Schwarzbrot 5,00 Mk.; 2. 1500 Gramm Marken-Roggenbrot Schwarzbrot 13,50 Mk.; 3. 2700 Gramm Marken-Roggenbrot Schwarzbrot 26,50 Mk.; 4. ein Pfund Krankenbrot aus 70 prozentigem Marken-Weizenmehl 4,00 Mk.

Artikel 2. Bäcker und Händler haben zu zahlen: 1. Für Brot-Mischmehl 732 Mk. je dz. 2. Für Weizenmehl (85 %) 758 Mk. je dz. 3. Für Weizenmehl (70 %) (sogen. Krankenmehl) 835 Mk., Brutto für Netto. Die Preise gelten für Lieferungen frei Haus des Bäckers oder Händlers ausschl. Sack.

Artikel 3. Bäcker und andere Kleinverbraucher dürfen beim Verkauf auf Marken fordern: 1. höchstens 4,15 Mk. für ein Pfund 85 prozentiges Brot-Mischmehl, 2. höchstens 4,30 Mk. für ein Pfund 85 prozentiges Weizenmehl, 3. höchstens 4,60 Mk. für ein Pfund 70 prozentiges Weizenmehl (Krankenmehl). Verpackung ist besonders zu bezahlen.

Artikel 4. Dieser Nachtrag tritt am 26. 6. M. in Kraft. Entgegenstehende frühere Bestimmungen werden gleichzeitig aufgehoben. 355

Eisleben, den 23. Juni 1922.
Tgb.-Nr. Ko. 551/22. **Der Magistrat.**

Bezirk Kriegsanleihen.

Die Ausgabe der in den hiesigen Schulen auf Kriegsanleihen gezeichneten Beträge findet in nachstehender Reihenfolge statt:

1. Städtisches Museum am Dienstag, dem 27. d. M., vorm. von 1/9 bis 12 und nachmittags von 3 bis 1/5 Uhr.
2. Städtische Oberrealschule am Mittwoch, dem 28. d. M., in derselben Zeit.
3. Luthergymnasium am Donnerstag, dem 29 d. M., vorm. von 1/9 bis 12 Uhr.
4. Seminar und Präparandenanstalt am Donnerstag, dem 29. d. M., nachm. von 3 bis 1/6 Uhr.

Die Ausgabe findet jeweils im Stadtverordnetensitzungssaale des Rathauses nur gegen Vorlegung der bereits erteilten Empfangsbescheinigungen. Früher, als Ueberzahlung der Beträge auf Sparkassenbücher erfolgen, sollen letztere gleichzeitig mit vorlegen, oder die Ausfertigung neuer Bücher beantragen.

Eisleben, den 22. Juni 1922.
367 **Der Magistrat.**

Die Kursleiten zum hiesigen städtischen Krankenhause betragen ab 15. Juni d. J. täglich:

	für Kranke	für Auswärtige
1. Klasse	110 Mk.	120 Mk.
2. Klasse	80 „	90 „
3. Klasse	60 „	60 „

Für Kinder unter 12 Jahren ist in der 3. Klasse ein einheitlicher Verpflegungssatz von 50 Mark festgesetzt worden. Für stillende Mütter, die kranke Kinder nähren, werden für Beköstigung täglich 20 Mark und für Säuglinge, die sich bei der kranken Mutter befinden, täglich 15 Mark gerechnet. Die übrigen Bestimmungen bleiben in Kraft.

Eisleben, den 22 Juni 1922.
368 **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220624-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 24. Juni 1922

Gegen die Reaktion!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Nach Beendigung ihrer Rüstungen tritt mit provozierender Frechheit die Reaktion auf den Plan. Sie pfeift auf Gesetze und Verordnungen sowie verfassungsmäßige Zustände und geht offen zum Angriff gegen die Arbeiter über. Wie im ganzen Reiche, so hat auch in Halle die Reaktion durch straffe militärische Durchorganisierung

des Stahlhelmbundes

sich so gefestigt, daß sie sich stark genug wähnt, der Arbeiterschaft den Kampf anzusagen.

Am 28. Juni wird unter dem Vorwand eines nationalen Trauertages die große Heerschau der gesamten aktiven und inaktiven Kräfte der Reaktion abgehalten. **Die Behörden, in denen die Reaktion und die Kapp-Verbrecher sitzen, unterstützen offen die monarchistischen Treibereien.** Die republikanisch gesinnten Beamten der Schutzpolizei usw., die sich für den Schutz der Republik einsetzen, werden durch die Maßnahmen ihrer reaktionären Vorgesetzten (ehemalige wilhelminische Offiziere) zur Ohnmacht in ihren Handlungen verdammt. Die Reichswehr wie die Schutzpolizei säubert man durch die Entlassung der republikanischen Beamten und ersetzt die offenen Stellen durch Einstellung von nationalistischen Elementen. **Der Reichswehrminister duldet diese Maßnahmen und unterstützt sie durch seine eigenen Verordnungen.**

Hand in Hand mit diesen Vorbereitungen geht der Vorstoß des Unternehmertums gegen die Rechte der Arbeiterschaft. Der Achtstundentag, das Recht der Betriebsräte, die ohnehin schon unzulängliche soziale Fürsorge sollen beseitigt und die karge Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch Lohnabbau noch weiter eingeschränkt werden. Bereits bringt die Koalitionsregierung die Entwürfe einer Schlichtungsordnung und eines Arbeitszeitgesetzes im Reichstage ein und sucht durch solche Knebelungen die Arbeiterschaft in ihrem wirtschaftlichen Kampfe niederzuhalten. **Sie macht die Erhöhung der Beamtengehälter abhängig von der Arbeitszeitverlängerung,** während auf der anderen Seite der Reichsminister Braun auf dem Gewerkschaftskongreß mit großer Geste erklärte, daß der Achtstundentag unantastbar sei.

Die Agrarier, die im Landbund vereinigt sind, organisieren bereits den wohldurchdachten Plan der

Aushungerung des städtischen Proletariats

für den Fall, daß innerhalb der Parlamente ihre unverschämten Wucherforderungen für Lebensmittel nicht bewilligt werden.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Die Reaktion kann nur deshalb so frech auftreten, weil die Arbeiterschaft bisher noch nicht entschlossen genug diesem Treiben Widerstand entgegengesetzt hat. Je untätiger das Proletariat, desto frecher die Reaktion. Der Widerstand der gesamten ausgebeuteten Bevölkerung muß entgegengesetzt werden dem frechen Treiben der Reaktion. Dem Heerhaufen des Stahlhelms muß der organisierte Selbstschutz des Proletariats entgegentreten. Die Arbeiterschaft muß zeigen, daß sie mit diesen Kriegsverbrechern nichts gemein haben kann.

Wir rufen deshalb die gesamte Arbeiterschaft auf, am Mittwoch, dem 28. Juni, nach Arbeitsschluß zu einer **Gegendemonstration auf dem Hallmarkt** zu erscheinen!

Gegen den Aufmarsch der Reaktion!
Gegen die gesetzliche Versklavung der Arbeiterklasse!
Gegen die Verteuerung der Lebensmittel!
Für die Entwaffnung der Orgesch!
Für die Entfernung aller Reaktionäre aus der Verwaltung!
Für die gemeinsame Kampffront der Arbeiterschaft!
Für Organisation des Selbstschutzes des Proletariats!

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erkennt den Ernst der Stunde, gestaltet die Kundgebung zu einer machtvollen Demonstration des Proletariats!

Gewerkschaftskartell Halle a. d. S.

In der Vollsitzung des Gewerkschaftskartells Halle, am 23. Juni, wurde einstimmig beschlossen, am 28. Juni eine Demonstration gegen die Reaktion zu veranstalten. Wir können diesen Beschluß nur begreifen und erklären, daß wir mit allen Mitteln diese Demonstration unterstützen werden, und fordern unsere Parteigenossen auf, im Sinne des Aufrufs des Gewerkschaftskartells zu wirken und am 28. Juni auf den Plan zu treten.

Die Ortsleitung der KPD. Halle.

Freie Bahn dem Wohnungswucher?

Eine Warnung an den Magistrat

Die Behauptungen, das am 1. Juli in Kraft tretende Reichsmietengesetz werde ein Instrument zu sozialem Ausgleich der Interessen von Hausbesitzern und Mietern sein, entpuppen sich immer mehr als aufgelegter Schwindel. Die auf Grund der preußischen Ausführungsbestimmungen von den Kreis- und städtischen Behörden jetzt festzustellenden Grundsätze über die Anpassung des Mietengesetzes an die örtlichen Verhältnisse zeigen, soweit sie bekannt werden, deutlich, daß sie nicht auf einen Schutz der Mieter vor dem wirtschaftlich stärkeren Hausbesitzer, nicht einmal auf billigen Ausgleich der Interessen, sondern nur auf eine Begünstigung des Hausbesitzers eingestellt sind. All der moralische Zauber, mit dem man das Reichsmietengesetz umsponnen hatte, ist verflogen, da es in Kraft gesetzt wird. Uebrig bleibt ein Gesetz mit dem offenen Ziel, die Belange des Hauskapitals sicherzustellen.

Das Reichsmietengesetz, wie es jetzt durch die unteren Behörden ausgeführt wird, ist ein neuer Schlag auf den Geldbeutel der Mieter. In der Wohnungsbauabgabe, die demnächst zur Einhebung gelangt, müssen sie einen Teil der Mittel aufbringen zur Herstellung von Neubauten. Durch das Mietengesetz wird ein neuer Aderlaß an ihnen zugunsten der „notleidenden" Hausbesitzer sanktioniert. Die „Sorge um die Erhaltung der Häuser in bewohnbarem Zustand", die auszuführen dem Hausbesitzer unmöglich gewesen sein sollte seit der Kriegszeit, und die das Reichsmietengesetz zukünftig ihnen wieder ermöglichen will, wird jetzt von den lokalen Behörden rücksichtslos und in ihrem ganzen Umfange den Mietern aufgepackt.

Welche Bestimmungen in der Stadt Halle über die Ausführung des Reichsmietengesetzes demnächst gelten werden, darüber ist in der Oeffentlichkeit bisher noch nichts bekannt

An allen Anschlagsäulen kleben seit Donnerstag große Plakate, auf denen eine Zeichnung und die Worte stehen: **„Wir Arbeiterkinder sammeln und werben vom Sonntag, dem 25. Juni, bis Sonntag, den 2. Juli, für die Kinderheime in Sowjet-Rußland."**

Der Turkestaner hat mit seiner Zeichnung der Polizei ungewollt viel Arbeit gemacht, denn Herr Dölz, einige Kommissare, Inspektoren und die gesamte Schutzmannschaft kamen in Alarm. Das Wort „sammeln" ließ vermuten, daß die Kinder eine „Sammlung" machen würden, „Sammlungen" bedürfen der Genehmigung des „Regierungspräsidenten", eine Genehmigung war nicht erteilt — also der Tatbestand ist gegeben. Dölz drückt auf den Knopf und die viele Millionen kostende Polizei beweist ihre Daseinsberechtigung. Befehl an Säulenpächter: „Plakate sind zu überkleben." Befehl an sämtliche Wachen: „Plakate streng beobachten, bis 3 Uhr melden, ob Plakate überklebt." Plakate blieben wie sie waren. Folge: Schupo stürmt die Plakate, zerschneidet sie mit Brotmesser, Taschenmesser, Seitengewehr oder Fingernagel, Schupo reißt die Plakate ab. Arbeiterkinder laufen entrüstet auf unsere Redaktion, erregte Gruppen umstehen die Säulen. Die aufgeschlitzten Säulen weinten und dachten: „Wenn Orgesch und Stahlhelm an meinem Leibe gegen die Republik hetzen, werde ich in Ruhe gelassen, wenn aber Arbeiterkinder ihre Genossen aufrufen zum Sammeln von Gerätschaften, Unterhaltungsspielen, Bilderbüchern und anderen Dingen für russische Kinderheime, dann rast die Schupo und kennt ihre Pflicht. Arbeiterkinder, laßt Euch nicht von den Schupos ärgern, wir haben noch mehr Plakate und werden versuchen, die Säulen von ihren Wunden zu heilen.

geworden. Doch muß bei der Einstellung des hiesigen Magistrats damit gerechnet werden, daß die Mieter ebenso schlecht und die Hausbesitzer ebenso gut wegkommen, wie in anderen Städten, die ihre Bestimmungen bereits veröffentlichten.

Danach wird von der sogenannten „Grundmiete", d. h. Friedensmiete, garnichts mehr übrig bleiben infolge der hunderterlei Zuschläge, die dem Hausbesitzer dazu zu erheben gestattet sein wird. Da gibt's einen Zinssteigerungszuschlag, einen Betriebskostenzuschlag, Grund- und Gebäudesteuer-, Wassergeld-, Schornsteinfegegebührauflagen und andere Mietsteigerungsgelegenheiten mehr. Indessen, da diese Belastungen zum Teil bereits bestanden haben oder aus der Geldentwertung resultieren, wird um sie wohl kaum ein großer Streit entbrennen, sicher aber großer Widerstand, der wird zweifellos herausgefordert werden, wenn auch in Halle dem Drängen der Hausbesitzerorganisationen nachgegeben wird bei der Formulierung der Bestimmungen über die Kostenaufbringung bei Instandsetzungsarbeiten.

Das Gesetz unterscheidet bekanntlich große und laufende Instandsetzungsarbeiten. In beiden Fällen wollen die Hausbesitzer die Mieter zahlen lassen. Sie wollen grundsätzlich nur die angenehme Pflicht des Geldeinnehmens erfüllen.

In manchen Städten ist, ganz dem Verlangen der Hauseigentümer entsprechend, bestimmt worden, daß alle „laufenden Erneuerungsarbeiten" in den Wohnungen — Tapezieren, Anstreichen, Weißen von Wänden, Decken, Fußböden, Fenstern, Türen — dem Mieter zur Last fallen. Ihnen wird allerhöchstens gnädiglichst gestattet, diese Arbeiten selber auszuführen — auf seine Kosten natürlich. Würden solche Bestimmungen auch in Halle in Kraft gesetzt werden, dann würde das nichts anderes bedeuten, als eine Begünstigung der Hausbesitzer durch einseitige Entlastung von einer Pflicht, die sie bisher auf Grund gesetzlicher und vertraglicher Abmachungen zu tragen hatten. Daß eine große Zahl von Hausbesitzern sich in der neueren Zeit von der Erfüllung dieser Pflicht gedrückt haben ohne Rücksicht auf die Erhaltung der Wohnungen und die Erfüllungen, die der Mieter gesetzlicher- oder vertraglicherweise verlangen konnte — dieses freche System unverschämten Vertragsbruchs in der Vergangenheit ändert nichts an der Verwerflichkeit des Zustandes, der jetzt allgemein in Zukunft Gültigkeit haben soll.

Wir wissen — wie gesagt — noch nicht, was in Halle über die Aufbringung der laufenden Instandsetzungskosten Rechtens sein soll. Wir möchten deshalb noch in letzter Stunde die Stimme erheben und den Magistrat vor einer gänzlichen Kapitulation vor der Hausbesitzerorganisation warnen. Der Krieg zwischen den Mietern und Hausbesitzern um die Kosten für laufende Instandsetzungen würde dadurch verewigt werden und das Ergebnis wäre schließlich gerade die Schädigung der „Substanz", zu deren Erhaltung man angeblich das Reichsmietengesetz gemacht hat.

Zudem ist garnicht einzusehen, weshalb jetzt noch auf das Gejammer der Hausbesitzer Rücksicht genommen werden soll, das sie früher anstimmten mit dem Hinweis auf die geringen Miet- und die hohen Kostensteigerungen, um die Unmöglichkeit von Instandsetzungen auf ihre Kosten zu begründen. Das Reichsmietengesetz gibt den Hausbesitzern reichlich hohe festgesetzte Mieten. Also können und sollen sie auch ihre Häuser im Innern in Ordnung halten.

Selbstverständlich auch außen. Es wäre unerträglich — und der Magistrat würde mit Recht die gesamte Mieterschaft gegen sich aufbringen — wenn die Zuschläge für sogen. „große Instandsetzungsarbeiten" in Halle so hoch genommen werden könnten, wie es manche Städte beschlossen haben, in denen ein viel größerer Prozentsatz von reichen Leuten wohnt und in denen es — vielleicht — auch verständigere Hausbesitzer gibt. Man soll in den Amtsstuben doch nicht vergessen, daß Eigentum verpflichtet, daß also der Hausbesitzer die Pflicht hat, für die Erhaltung seiner Grundstücke auch selbst etwas zu leisten und daß es nicht die Absicht des Reichstages gewesen sein kann, mit dem Reichsmietengesetz ihn von dieser Pflicht zu befreien. Der Zuschlag für große Instandsetzungen muß also inerträglichen Grenzen gehalten werden. Geschieht das nicht, dann haben die schärfsten Kritiker der Wohnungsgesetzgebung Recht, die behaupten, daß sie mehr zur Sicherung von Schmarotzerexistenzen des Hausbesitzes denn zum Schutz der Mieter und Häuser geschaffen worden sei.

---

* **Schule und 28. Juni.** Das Hallsche Bürgertum macht die größten Anstrengungen, damit der Aufmarsch am 28. Juni gelingt. Ein Teil der Unternehmer hat, um auch Arbeiter für diesen nationalistischen Rummel zu gewinnen, erklärt, daß an diesem Tage nicht gearbeitet und der Tag bezahlt werden soll, wenn die Arbeiter im Zuge mit demonstrieren wollen. Bisher haben die Arbeiter dieses Ansinnen überall abgelehnt und erklärt, daß sie mit dem Protestrummel nichts zu tun haben. Die Schule stellt sich jetzt ebenfalls in den Dienst des 28. Juni. Wie uns aus Elternkreisen verschiedener Schulen mitgeteilt wird, ist den Eltern durch die Kinder anheimgestellt worden, ihre Kinder an diesem Tage vom Schulunterricht zu befreien, damit auch die Schulen an diesem Tage geschlossen werden können. Die Arbeitereltern werden natürlich diese freche Herausforderung mit aller Entrüstung zurückweisen. Es wird sich wohl niemand unter den klassenbewußten Arbeitern finden, der selbst seine Hand dazu bietet, die Reaktion bei der Niederschlagung des Proletariats zu unterstützen. Daß sich die Schule in den Dienst der Reaktion stellt, kann durch die Klassenherrschaft der heutigen Gesellschaft nicht verwundern. Da ist Arbeitsfeld für die kommunistischen Elternräte.

* **Achtung, Terrazzoarbeiter, Marmorschleifer!** Als die Arbeiter der Firma Gellert in der Ludwig-Wuchere-Straße die rückwirkende Lohnzahlung durch Schiedsspruch im Arbeitsministerium verlangten, lehnte der Herr die Bezahlung ab. Herr Gellert erklärte: „Ich werde meine Leute alle entlassen und dann wieder einstellen, wer mir paßt!" Es ist diesem Herrn schon längst ein Dorn im Auge, daß er seine Arbeiter nach dem Tarif der Bauarbeiter bezahlen muß. Da ein Einigungsversuch scheiterte, stellte die Belegschaft die Arbeit geschlossen ein. Bis zur Beilegung der Differenz ist dieses Geschäft für obengenannte Arbeiter gesperrt.

* **Internationale Arbeiterkinderwoche.** Es wird darauf hingewiesen, daß die Mitglieder der Kommunistischen Kindergruppen sich morgen, Sonntag, vormittags 7 Uhr auf dem Rannischen und Weitiner Platz und Hallmarkt für das Waldfest nach der Bischofswiese treffen. Es wird erwartet, daß sich auch die Angehörigen der Kinder daran beteiligen. Die Wochenkarte zu 6 Mark für die Eltern gilt für alle Veranstaltungen außer den Filmvorstellungen im C.-T. Heute, Sonnabend, nachmittags ½6 Uhr, findet noch einmal eine Probe von „Volk der Zukunft" und „Proletarische Erziehung" statt. Wochenkarten für Kinder und Erwachsene sind zu haben in der Buchhandlung Herz 42/44, Bezirksbuchhandlung und Verlag „Klassenkampf", Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14.

* **Volkspark.** Auf das heute abend stattfindende Gesangskonzert des Männergesangvereins „Fichte-Georginia", Berlin, wird hiermit nochmals hingewiesen. Im kleinen Saal Sommervergnügen des Bandoniumorchesters „Saxonia". Morgen, Sonntag, Sommerfest mit Gartenkonzert und entsprechenden Preisveranstaltungen nebst Ball im großen Saal. Im kleinen Saal Vergnügen der Vereinigten Kegelklubs.

Letzte Nachricht

Dr. Rathenau erschossen!

Ein neues Bubenstück der Reaktion!

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau, ist heute früh gegen 10 Uhr auf dem Wege von der Wilhelmstraße nach dem Reichstage durch Revolverschüsse ermordet worden. Er war sofort tot.

Die Tat ist das Ergebnis der nationalistischen und antisemitischen Hetze, nicht zuletzt der hetzerischen Rede Helfferichs im Reichstage, der maßlos provokatorisch gesprochen hat.

Als die Kunde von der Mordtat im Reichstag eintraf, wurde die Sitzung sofort aufgehoben. Der Landtag vertagte beim Eintreffen der Nachricht seine Sitzung. Er wird aber weiter tagen, um noch einige Erklärungen entgegenzunehmen.

Genossen! Arbeiter in Stadt und Land! Veranstaltet sofort, möglichst noch am morgigen Sonntag, öffentliche Kundgebungen gegen die Mörderklique, gegen das deutschnationale Orgeschgesindel. Fordert auch die Demokraten auf, daran teilzunehmen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte Halles!

Morgen, vormittags um 11 Uhr, demonstriert die Hallische Arbeiterschaft gegen die Mordtat der Konterrevolution auf dem Roßplatz

Heraus zum Protest gegen die Reaktion!

SPD. USPD. KPD. Gewerkschaftskartell

Sämtliche Funktionäre der Partei müssen heute abend um 7 Uhr in der Restauration der Produktiv-Genossenschaft erscheinen, um wichtiges Material abzuholen. Kein Funktionär darf fehlen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220624-15/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Konterrevolution und Schützenfeste

Die Konterrevolution feiert Triumphe über Triumphe. Offen und ohne Scheu hält sie Generalmusterung in den gegenwärtigen Tagen. Ueberall, im ganzen Deutschen Reiche, lassen sie ihre Söldner aufmarschieren — Regimentstage über Regimentstage — Kaisertelegramme — Treueschwüre — schwarzweißrot — Deutschland, Deutschland über alles — Rache für Versailles!; Rache für den 9. November!

Treue Sekundanten dieser monarchistischen konterrevolutionären Formationen sind die sogenannten Schützengilden und Schützenvereine. Man ist gewöhnt, auf ihren Festen nur patriotischen Rummel beobachten zu können. Wenn auch die vom Trinken überanstrengten Bierkehlen mitunter kaum noch gröhlen konnten, zu einem Hoch auf Wilhelm und August langte es immer noch.

Wenn man nun vor dem Kriege diesen Schützenfesten wenig Beachtung schenkte, so muß man doch heute ein schärferes Auge auf jene Gesellschaft richten.

Unter dem Deckmantel von allgemeinen Volksfesten vollzieht sich eine systematische konterrevolutionäre Propaganda in aller Oeffentlichkeit.

Drei Fliegen schlagen diese verkappten monarchistischen Republikaner mit einer Klappe.

Einmal lassen sie sich die Kosten für ihren Schützenrummel von der breiten Masse der Neugierigen bezahlen, zum andern haben sie Gelegenheit, monarchistische Propaganda öffentlich zu treiben und einen neuen Kriegstaumel hilfreich mit vorbereiten zu können, und zum Dritten halten sie sich in Uebung mit der Waffe, wenn es gilt, gegen die Arbeiterschaft nach kappistischem Muster vorzugehen.

Sozialistische Arbeiter können es heute nicht mehr vor sich selbst verantworten, wenn sie derartige Schützenfeste immer noch besuchen, und mit ihren eigenen Groschen finanzieren helfen. Derartige Gesellschaften läßt man unter sich. Die klassenbewußte Arbeiterschaft arrangiert ihre Feste selbst.

Meidet die Schützenfeste!

Leuna

Von den Puffern zerquetscht. Dieser Tage geriet der Eisenbahnarbeiter Max Steinberg aus Weißenfels auf dem Rangierbahnhofe des Leunawerkes zwischen die Puffer eines rangierenden und eines stehenden Wagens. Der Tod ist sofort eingetreten.

Aus dem Geiseltal

Betriebsräte-Revierkonferenz. Am Mittwoch, dem 21. Juni, tagte in Neumark eine Revierkonferenz der Betriebsräte für den Braunkohlenbergbau. Die Ortsverwaltung Merseburg des DMV. hatte gleichzeitig eine Sitzung der Funktionäre im Bergbau einberufen. Den Einladungen hatten die Kollegen fast zahlreich Folge geleistet; einmütig kam zum Ausdruck, daß es unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr weitergehen kann und alle waren sich darüber einig, die Organisationen vorwärts zu drängen, damit die Lebenshaltung der Bergproleten nicht noch weiter verschlechtert wird. Man erklärte sich bereit, durch Kleinarbeit in den Betrieben, durch Aufklärung unter den Mitarbeitern für den weiteren Ausbau der Organisationen wirken zu wollen, damit die Gewerkschaften auch Klassenkampforganisationen werden. Es ist als ein gutes Zeichen zu betrachten, daß alle Funktionäre sich für die Durchführung der großen Forderungen der Kollegen einsetzen; sie verlangen die tätige Mitarbeit aller jetzt noch Abseitsstehenden. Um ½7 Uhr fand die von gutem Geist getragene Sitzung ihr Ende.

Delitzsch

Stahlhelmfrechheiten. Die Auswüchse seitens des Stahlhelms nehmen in unserem Städtchen immer größere Formen an. Als Zuschauer konnte ich dieser Tage nachts 12 Uhr beobachten, wie 8 bis 10 solcher Helden einen friedlichen Spaziergänger in echtem Kasernenhofton belästigten. Glauben denn etwa diese Etappenhelden, unsere Straßen und Plätze wären k. u. k. Kasernenhöfe? Die hiesige Arbeiterschaft wird sich wohl solches bald verbitten. Diese Heldensöhnchen können uns mit ihrer Kasernenhofbildung höflichst gestohlen bleiben! Bedauerlich ist, daß einige hiesige Arbeiter dem ölriechenden kameradschaftlichen Gefasel, dem Heldenbunde beizutreten, Folge leisteten. Als Kanonenfutter stad sie den Herren Monarchisten wohl sehr willkommen. Wem aber nicht zu raten ist, dem ist nicht zu helfen! An Euch, klassenbewußte Arbeiter, ergeht der Ruf, setzt dem Treiben dieser Bündler ein energisches Halt entgegen! Nieder die Reaktion!

Bageritz

Denkmalsrummel. Ein Arbeiter schreibt uns: Wie überall, so hat man auch bei uns einen Denkmalsfimmel bekommen. Aber nicht genug damit, erdreistet man sich, da das Geld nicht reicht, bei den Einwohnern und vor allen Dingen bei den Arbeitern betteln zu gehen. In den letzten Tagen kam bei strömendem Regen ein Arbeiter, (!) Mitglied des Landwehrvereins Sietzsch, bei mir hausieren und bat um eine freiwillige Gabe für das Kriegerdenkmal, das am Sonntag, dem 25. Juni, eingeweiht werden soll. Auf meine Frage, wozu man das Geld brauche, da doch das Denkmal schon fertig sei, antwortete dieser Ancharbeiter, es solle damit das Denkmal vollends bezahlt werden und der Rest diene als Fonds zur Erhaltung desselben. Eine weitere Frage lautete: Wer gibt denn aus den Kreisen der Bourgeoisie etwas für die Märzopfer oder für die „Rote Hilfe"? Niemand! Man täte wohl besser, eine Spende für die Kriegerwitwen und -Waisen zu geben, als einen solchen toten Steinklotz dahin zu bauen. Das traurigste aber bei dem ganzen Denkmalsfimmel ist, daß es tatsächlich auch organisierte Arbeiter gibt, die Geld für solche Sachen übrig haben, denn ich sah auf der Liste verschiedene Namen von Kollegen und Genossen prangen. Arbeiter, habt Ihr denn die Zeit noch nicht begriffen? Seid mehr klassenbewußt und laßt jene bezahlen, die es bauen lassen; wenn die Herrschaften kein Geld haben, sollen sie es eben lassen und nicht die Arbeiterspennige zu solchen Zwecken mit „verfimmeln".

Düben

Opfer des Kapitalismus. Auf der Grube Vollert verbrannte der Arbeiter Fritz Schauer in glühender Asche, die ihn infolge Nachrutschens überschüttete. Er ist seinen Verletzungen erlegen.

Gräfenhainichen

Der Rußlandfilm hat auch hier bei seiner Vorführung recht guten Anklang gefunden. Der Besuch war ein recht guter; immerhin konnte er mit Rücksicht auf den guten Zweck besser sein. Die Anwesenden verfolgten mit Spannung den Film und waren von dem Gebotenen sehr befriedigt. Die Einnahme war eine recht erfreuliche. An Eintrittsgeldern wurden 1083 Mark vereinnahmt und bei einer Tellersammlung 459,15 Mark. Nach Abzug der Unkosten verbleibt ein Ueberschuß von 1250 Mark, der für die Hungernden in Rußland verwendet wird.

Eilenburg

Aufgedeckte Verschiebungen verseuchten Pferdefleisches. Die Polizei macht in der Lokalpresse u. a. bekannt: Am 15. Juni wurde gemeldet, daß bei dem Viehhändler Karnahl ein Pferd fortgeschafft werden sollte. Die sofort aufgenommenen Ermittelungen ergaben, daß das Pferd ohne vorherige tierärztliche Untersuchung von dem Sohn des Fleischermeisters Dorst abgestochen wurde. Dorst hat das Tier nach Taucha gebracht und der dortigen Polizeibehörde angegeben, das Tier sei auf der Landstraße wegen Altersschwäche abgestochen worden. Dorst verkaufte das Tier an den Roßschlächter Pohl in Leipzig, wo es von der Kriminalpolizei vorgefunden wurde. Das Untersuchungsamt Leipzig hat festgestellt, daß das Fleisch durch Bakterien verseucht und untauglich sei. Das Tier wurde beschlagnahmt und das Fleisch vernichtet. — Der Fall zeigt, in welch skrupelloser Weise mit Menschenleben gespielt wird. Erst vor kurzem sind in hiesiger Gegend zahlreiche Fleischvergiftungen festgestellt worden, davon einige mit tödlichem Ausgang. Es wird Zeit, daß diesen Leuten das Handwerk gründlich gelegt wird.

Nordhausen

Raubüberfall. Dieser Tage wurde auf dem Wege von der Bergwerksverwaltung der Sollstädter Kaliwerke bis zum Schmidtmannschacht der Kali-Werke, der sich mit einem Kassenboten zur Auszahlung der Löhne zum Schmidtmannschacht begab, von zwei etwa 30 Jahre alten Männern überfallen. Die Täter nahmen ihm unter Vorhaltung von Revolvern die gesamten Lohngelder im Betrage von 460 000 Mark ab. Trotz der Verfolgung, die von einigen des Weges kommenden Radfahrern sofort aufgenommen wurde, entkamen die Räuber unerkannt im Bleichröder Walde.

Aus der Jugendbewegung

Mitteilung an die Ortsgruppen der KJ.

Die von uns versandten Karten zur Kinderwoche werden zum Preise von 50 Pfennig pro Stück vertrieben. Der Preis der Broschüre „Die Arbeiterklasse und ihre Kinder" beträgt 1,50 Mark.

Die Bezirksleitung.

Sport

Mitteldeutsche Spielvereinigung

Anläßlich der Kreisverwaltungssitzung in Halle am 25. Juni finden nachmittags 4 Uhr auf dem Sandanger die Prüfungswettkämpfe zu den Fußballabzeichen statt. Zu diesem Spiele sind alle lieben Bezirke des 2. Kreises Vorbereitet. Für unseren Bezirk muß jeder Verein je zwei Läufer stellen, es kommen folgende Strecken in Frage: 100, 200, 300, 400 und 800 Meter.

Die Läufe finden alle einzeln statt. Die zwei besten eines jeden Laufes bilden dann geschlossen die Staffeln und vertreten den 2. Kreis auf dem Bundesfest in Leipzig. Das Erscheinen der Läufer von allen Vereinen ist Pflicht. Treffpunkt im Umkleideraum auf dem Sandanger. Anschließend finden auf dem Sandanger (Viktoriaplatz) folgende Spiele statt:

Nachmittags ½3 Uhr: Radewell I. gegen Askania I. Nietleben; nachmittags 4 Uhr: Viktoria I. gegen Gröbers I.; nachmittags ½6 Uhr: Viktoria II. gegen Gröbers II. — Außer den obigen Spielen findet bereits mittags 1 Uhr das Spiel Viktoria III. gegen Gröbers III. statt.

Fußballabteilung „Richte". Allen Spielern zur Kenntnis, daß die Spiele der I. und II. Mannschaft gegen Sandersdorf I. und II. abgesagt sind. Dafür ist Sonntag Platzarbeit angesetzt. Treffpunkt morgens 5 Uhr.

SSR. Teutonia, spielte am Mittwoch auf der Peißnitz gegen VfB. Trotha I. und siegte nach schönem flotten Spiel mit 2:1. — Spiele am Sonntag, dem 25. Juni: Teutonia Jgd. — Dölau Jgd. ½3 Uhr, Teutonia II. — Vorwärts II. ½3 Uhr und Teutonia I. — Vorwärts I. 4 Uhr. Alle Spiele finden auf dem Teutoniaplatz, Brandberge statt.

SSR. „Sportlust 07", Sportlustplatz (Dessauer Straße). 3 Uhr: Sportlust I. — Dölau I. Sportlust II. fährt nach Teicha zum Propagandaspiel gegen Teicha I. Treffpunkt 10⁰⁰, Hauptbahnhof.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Gildermann; für Anzeigen Fritz Kroh. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Sprechstunde der Redaktion mittags von 12 bis 1, nachmittags von 4 bis 5 Uhr

*439

Persil

das selbsttätige Waschmittel von unerreichter Wasch- und Bleichkraft.
Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.
Wäscht mühelos, schnell und billig!
Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,
auch der „Henko", Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.
Preis: Paket 12 Mk.

Licht-CT-Spiele 2628
Täglich der große Erfolg.
Alleiniges Erstaufführungsrecht f. Halle
Nur für Erwachsene!
Bruno Kastner und Edith Meller in dem großen Monumental-Sittenfilm:
Die Geheimnisse auf Schloß Ronay.
Ein Spiel mit Menschen, Geld und Feuer.
Ferner: Karlchen (Victor Blagge) in seiner neuesten Rolle in 3 Akten
Die Tante aus Braßilien.
Beginn: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Denkt an die Rußlandhilfe

B. B.B. Beths Bunte Bühne
Tonangebende Künstlerspiele
Heute, Sonnabend, den 24. Juni: 2642
Große Festvorstellung
anläßlich der 20jährigen Jubiläumsfeier des Direktors Franz Wehling mit einem auserlesenen Spielplan.

Gut-erhaltener Gehrock-Anzug preiswert zu verkaufen. 451 Rathausstraße 17, Hof.
2 guterhaltene Motorradmäntel, alt.

PERADURA
Lacke u. Farben
Diese Schutzmarke
und das Wort Peradura schützen Sie vor großen Enttäuschungen. Lacke und Farben sind Vertrauensartikel!
25 Jahre Arbeit und Erfahrung
bürgen für unübertroffene Qualität meiner Spezialfabrikate! 2641
OTTO KRAMER
Farben — Lacke Fernruf 1465.
Halle a. S., nur Mittelwache 9 und 10.

Geschäftsverlegung.
Unser Geschäft verlegen wir ab heute
von kleiner Sandberg 14
nach Sophienstraße 40
1 Minute von Haltestelle Stadttheater
Hallesche Zellhandlung GmbH., *551 Sophienstraße 40.

P. Schäfers Gärtnerei, Döllnitz,
liefert preiswert:
Topfpflanzen u. Sträußchen
an Vereine und Gesellschaften bei festlichen Veranstaltungen. 2628
Kranz- und Bukett-Binderei.

Herr Dr. med. R. W. Amtsphysikus in R. teilt mit, daß er Obermeyer's in den reinen Bakterien gegen Gärtner, Farber-Fresse unbrauchbar, riesig können angewandt. Das Eisen heilte ab auch die riesige Haut wieder wie neu wieder. Das Bakterienbuch in Herba-Germe besonders zu empfehlen. Sie haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen
führt sachgemäß aus, sowie Altkupfer kauft laufend
Pfeiffer & Fritzsche,
Fernruf 4691. Halle a. S. Steinweg 4.

Im Centrum
die Schokoladen-Grosshandlung
BACHRAN & Co
MARKT 5, gegenüber d. Börse
Tel. 4736.
VORTEILHAFTE BEZUGSQUELLE FÜR WIEDERVERKÄUFER

Hausfrauen,
kauft nur bei unseren Inserenten!

Beste Bezugsquelle für Saalbesitzer und Vereine!
Tanzkontroller, Tanzblumen, Tanzkarten, Eintritts- und Garderobeblocks, Saaldekoration, Tombola-Verlosungsartikel sowie viele Geschenkartikel für Kinder, Tanzstäbe. 2646
Paul Lange
Merseburger Straße 168
neben Operetten-Theater Fernruf 3477

Familien-Nachrichten

Statt besonderer Anzeige.

Am Freitag früh 12½ Uhr verschied sanft nach langem mit großer Geduld ertragenen Leiden mein heißgeliebter, treusorgender, unvergeßlicher Mann, mein guter, lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel,

der Bauarbeiter

Willi Busch

im 30. Lebensjahre. In unsagbarem Herzeleid

Frau Martha Busch
geb. Blunck,
nebst Hinterbliebenen.

Halle a. d. S., Hochstraße 1. 2652

Die Einäscherung findet Montag, den 26. d. Mts., nachmittags 1½ Uhr, von der kl. Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt. Kranzspenden dankend abgelehnt.

1. Athletenklub „Achilles" von 1890.
(Mitgl. des A. A.-B. D.)

Durch Unglücksfall verstarb am 21. Juni 1922 von der Jugendabteilung, im Alter von 15 Jahren, unser Sportkollege

Erich Frühling.

Wir werden ihm stets ein treues Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet am Montag, mittags ½3 Uhr, von der Leichenhalle des Gertraudenfriedhofes aus statt.

2654 Der Vorstand.

Genossen, kauft nur bei den „Klassenkampf"-Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220624-15/fragment/page=0006

Leben · Wissen · Kunst

Halali

Novelle von Henri Barbusse.

Aus dem Buche „Wir anderen", von Martha de Haas übersetzt und im Verlag von Rascher in Zürich erschienen.

Auf der Bank sitzend, die sich an mein Haus lehnte, betrachtete ich ein letztes Mal mein kleines Reich, ehe es in der Dämmerung versank: den Hof, der sich zu meinen Füßen dehnte; zu meiner Rechten die lebende Hecke; mir gegenüber war in der Mauer die immer offene Tür.

Sie geht auf den Saumweg hinaus, der zum Wald führt, und zeigt mir eine Wolke von Zweigen und Blättern, die die untergehende Sonne vergoldet und die auch der Herbst vergoldet, wie eine gewaltigere Sonne.

Der Tag endete lind, und, wie mir schien, sorglam. Auf meiner Hecke vervollkommnete das zarte Licht die Schattierungen; es beschäftigte sich mit jeder Blume und selbst mit jedem Blatt.

Plötzlich ertönten Hornstöße; die Hunde der alten Marquise liefen am Wald hin.

Und jetzt erschien auf der Schwelle der Tür, die ganze Oeffnung ausfüllend, ein großer, merkwürdig geformter Schatten. Dann bäumte sich die riesige Masse, fiel zurück und blieb unschlüssig mitten im Hof stehen ...

Es war ein Hirsch, der, den die Gäste des Schlosses seit Stunden jagten ... Einen Augenblick blieb er stehen, und wir schauten uns an. Ich gewahrte sein mit Schmutz und Schaum besudeltes Fell, seine hängende Zunge, seine großen verstörten Augen und sein Herz, das wie ein Hammer gegen seine Flanken schlug.

Er machte einen neuen Satz und zog sich in die Tiefe eines Mauerwinkels zurück, mir die Front bietend, aber am Ende seiner Kräfte angelangt und in Unbeweglichkeit, Unwissenheit und Schweigen verharrend. Wütendes Bellen umgab das Haus. Die Meute drängte sich um die Türe und lärmte gegen die Mauer.

Von hinten liefen atemlos, aufgeregt, Kinder herbei, vermehrten sich. Bald standen alle Einwohner des Dorfes um uns herum. Man zeigte sich triumphierend den Hirsch mit dem riesigen Geweih, wie eine Art wilden Königs, der endlich gefangen genommen worden war.

Ein eiliges Zurückweichen der Zuschauer, Kavaliere, Amazonen tauchen auf; ein Wirbel von roten Röcken und von Staub; Peitschenknallen und das Blitzen von Metall.

All das hielt in einem Getümmel an und die Vorreiter reihten sich hinter der mißtönenden Reihe der Hunde auf, um Halali zu blasen.

Und einzig, unendlich einzig der dunkle Lebende, der sich in der Falle meines Hauses gefangen hatte, bewegte sich nicht. Er wartete ergeben auf den Frieden des Lebens oder den Frieden des Todes. Ich sah die Menge, die sein Blut wollte, ich unsinnig gebärden; und ihn, ihn sah ich leben, sah, wie seine Flanken keuchten und seine Kehle zitterte — seine Kehle, das Ziel dieses glühenden Festes.

Ein roter Reiter war gewandt zu Boden gesprungen.

Er zog mit einer langsamen Bewegung seinen Hirschfänger aus der Scheide, und man konnte die damaszierte Klinge blitzen sehen.

Die Hunde fuhren fort, Laute zu geben. Aber sonst alles hatte aufgehört, zu sprechen und sich zu bewegen und schaute, schaute so sehr man konnte. Man hörte erstickte Schreie, vermischt mit triumphierenden Gelächter.

Der Mann schickte sich an, in den Hof einzutreten; er richtete vorher eine Frage an mich, indem er mir zuschrie: (wegen des Heidenlärms der Hunde mußte man schreien, um sich zu verstehen):

„Sie erlauben, nicht wahr, mein Herr?"

Aber ich breitete die Arme aus, um den Durchgang zu versperren und schrie meinerseits:

„Nein, ich erlaube es nicht!"

Er blieb sofort stehen, in Verwirrung versetzt.

„So? Was, was? Sagen Sie? Was hat er gesagt?"

Er wendete sich an die Ankömmlinge.

„Er will nicht, daß man eintritt!"

Diese Nachricht wurde mit einem Ausruf der Verblüffung aufgenommen, dem die weiblichen Stimmen ihre hohe Note gaben.

„Der Unverschämte!" rief eine alte Frau.

Sie wandte sich an einen ihrer Gefährten.

„Bieten Sie ihm Geld an," sagte sie ganz laut.

„Man wird Sie entschädigen, mein Bester!"

Meine Brauen runzelten sich und er wußte nichts mehr zu sagen.

Dann begannen sie alle zugleich zu reden, mich zu Erklärungen auffordernd, nicht von der Stelle weichend, fieberhaft mit einer schrecklichen Wut, die in ihren Augen aufglimmte.

Auf meine Schwelle geflügt wie auf einen Grenzstein, betrachtete ich die Gesichter, die ein merkwürdiger Zufall mir nahe und nackt zu sehen gestattete.

Alle trugen den Stempel desselben Instinkts, zu morden, durch das Hindernis plötzlich entfesselt. Durch die Worte und die Vorwände, die Zurückhaltung hindurch leuchtete er in ihren Zügen. Wenn sie Lust hatten, sich voll Wut und Haß auf mich zu werfen, so war es nicht allein verletzter Hochmut, es war die Folge einer fürchterlichen Enttäuschung.

Sie hatten dieses fliehende Fleisch umzingelt; jetzt, wo sie es erreicht hatten, wollten sie ihm an die Gurgel. Einer von ihnen verfluchte, mir das in abgerissenen Sätzen zu erklären und hob im Reden den Kopf gegen die Beute, um sie zu überwachen.

Ein Greis streckte die zu Krallen gekrampften Finger gegen das erhoffte Opfer. Ein anderer, wilderer, schaute es gierig an.

Und die Frauen waren noch häßlicher als die Männer. Die Scham hielt die wahren Worte in ihrer Kehle zurück, aber eine neue außerordentliche Aufregung verwirrte sie vollständig.

Eine von ihnen, eine sehr junge, deren halbgelöste Flechten auf ihrem Rücken tanzten, hatte sich in einer plötzlichen Aufwallung in die erste Reihe gleiten lassen und, die wundervollen Augen zu mir emporhebend, sagte sie mit aufgehobenen Händen:

„Ich flehe Sie an, Herr!"

Nach diesen, so leidenschaftlich von Sinnen gekommenen Gruppen nahm sich das Heulen der Hunde wie etwas Unschuldiges aus; die gekrechzten Tiere hatten gegen den Hirsch nur den Haß der Menschen ....

Die Bauern standen jetzt mehr abseits. Es schien mir, als trennten sie sich von den anderen, als begännen sie zu verstehen, daß die Jagd etwas anderes ist als man glaubt.

Eine Frau aus dem Volke, die ein Kind auf den Armen trug, entfernte sich eilig, als ob sie plötzlich Angst vor einer Ansteckung hätte ... Der Metzger des Dorfes, mit der von seinem Handwerk blutbefleckten Schürze, schaute mit majestätisch gekreuzten Armen zu, und man las auf seinem dunklen Arbeitergesicht etwas wie Verachtung und Aerger.

Inzwischen wuchsen der Groll und die Drohungen.

Ich begriff, daß wir beide besiegt werden würden, daß ich das gehetzte Tier nicht lange würde verteidigen können, so sehr waren sie darauf versessen, es zu töten.

Meine Blicke ruhten auf dem großen Tier, das nicht einmal verwundet war; und wirr und in verzweifelter Hast gingen Träume von Güte durch meinen Kopf ... Die paar Minuten des Lebens, die ich ihm bis jetzt erhalten hatte, erschienen mir kostbar und fast zärtlich. Und wenn ich an die blutgierigen Schreie dachte, die über mich herfielen, verstand ich, in welchem Grad die menschliche Kreatur und das Tier, die im Leben so ungeheuer verschieden sind, sich gleichen, um zu sterben, und daß alle lebenden Wesen verbrüdert von hinnen gehen.

Da schüttelte ich die Fäuste und ich stammelte:

„Ich will nicht, macht, daß ihr fortkommt!"

Aber das wilde Durcheinander flutete über, zu allem bereit.

„Wir müssen es!" hauchte eine Stimme.

„Tötet ihn! ... Tötet ihn!" riefen andere.

Eine kleine Hand bewegte sich.

„Ich habe es gefunden! Man kann ihn von hier töten, mit meiner Büchse!"

„Das ist wahr! Es ist wahr! ... Guter Einfall!"

„Ich!"

Ein dicker junger Mann lud die Büchse, maß die Entfernung mit dem Auge. Ich packte die Waffe am Lauf und entriß sie seinen Händen.

„Kümmel!" geiferte er.

... Dann drängten sie heran, von allen Seiten unaufhaltsam. Sie kamen alle herein.

In die Höhe gehoben, gestoßen, zurückgeworfen, versuchte ich noch, mich verständlich zu machen.

„Macht, daß ihr fortkommt! Ich will nicht!"

Aber ihre rasend gewordene Freude hörte mich nicht mehr und stürzte sich auf das Tier, das, im Winkel der Mauer, seine Augen mit der großen leeren Ruhe der Natur und des Nichts öffnete.

Da fühlte ich, daß ich mich vor das verurteilte Geschöpf warf; ich fühlte, daß ich die Büchse an die Wange riß und daß ich auf die Männer und Frauen zielte ... und daß ich recht hatte!

Am 26. Juni beginnt unser neuer Roman:

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

von John Reed

Das revolutionäre Proletariat besaß bisher noch keine bedeutenden Werke erzählender Gelchichtsliteratur. Dieser „große Roman", die Erzählung des ruhmreichen Kampfes der russischen Arbeiterklasse, kann seinen künstlerischen Qualitäten nach jedem Arbeiter und jeder klassenbewußten Proletarierin zur Belehrung und Erbauung als „unterhaltende" Literatur dargeboten werden

Erntehilfe in den Universitätsferien

Im Vorjahre ging ein Flugblatt um, das der Jungdeutsche Ring, jene Vereinigung der verschiedenen bürgerlichen Jugendbünde, auf die Universitäten, die Volkshochschulen, in die Wandervogelgruppen, kurz überall dorthin, wo bürgerliche Jugend lebt und arbeitet, gesandt hatte. Darin stand unter anderem:

„Sie (die Erntehilfe) vermittelt dem Städter Kenntnis von ländlichen Verhältnissen, führt ihn in engem Zusammenarbeiten mit Landarbeitern zusammen und gibt ihm dadurch die Möglichkeit der Schulung seines sozialen Verständnisses wie der Ueberwindung manchen Vorurteils auf beiden Seiten."

Mancher gutgläubige Student ging auf diesen Leim und mancher schulte sein soziales Verständnis in einer von den Flugblatt-Verbreitern ungewünschten Weise. Davon zeugt die hier folgende Erzählung eines „Erntehelfers", die wir zu Nutz und Frommen seiner Nachfolger bringen:

„Anfang August meldete ich mich auf der Universität zur Erntearbeit, und am 10. August bereits ging es mit fünf Studienkameraden hinaus in die Westpriegnitz. Dort erfuhren wir, daß wir 10 Mk. für den Tag bekommen sollten, außer der Verpflegung, und daß die Arbeitszeit sonst 10½ Stunden betrage, wir aber jetzt zur Erntezeit länger arbeiten müßten. Vor uns, während der Schulferien, waren acht Gymnasiasten dagewesen, die 8 Mk. am Tage bekommen hatten, also auch — wie mir sehr bald klar wurde — als Lohndrücker der einsässigen Landarbeiter gewirkt hatten. Diesen steht nämlich nach dem dort geltenden Landarbeitertarif 1,70 Mk. für die Stunde an Barlohn (daneben Deputat) zu, was auch noch keineswegs dem statistisch festgestellten Existenzminimum entspricht. Denn auch die Landarbeiter brauchen außer den Lebensmitteln und der Wohnung, die sie vom Gutsbesitzer erhalten, teure Stiefel, kleines häusliches Gerät, die ständig im Preise steigenden Kolonialwaren und andere industrielle Erzeugnisse. Die Folge unseres billigen Arbeitsangebotes aber war, daß ein Teil der Landarbeiter einfach entlassen wurde und nun vergeblich nach neuer, nach dem Tarifsohn bezahlter Arbeit suchte.

Ich tröstete mich damit, daß es Ausnahmen gibt und andere Gutsbesitzer sicherlich nicht so willkürlich mit ihren Arbeitern verführen und auch uns den angegebenen Tarifsohn geben würden. So fuhr ich hinauf nach Pommern, wo mir bei zehnstündiger Arbeitszeit 12 Mk. für den Tag und noch 20 Mk. wöchentlich für Kleidergeld angeboten wurden sowie freie Fahrt 4. Klasse. Dort arbeiteten auch bereits sieben Studenten, und hier lernte ich noch mehr erkennen, was es mit der studentischen Erntehilfe auf sich hat, und daß Arbeiter und Unternehmer tatsächlich in zwei ganz verschiedenen Welten leben und ihre Interessen derart sich entgegenstehen, daß es keinen friedlichen, reformerischen Ausgleich zwischen ihnen geben kann. Die einheimischen Arbeiter erhielten auf dem Gut 21 Mk. am Tag, d. h. an Barlohn nur 9 Mk., da das übrige Geld auf das Deputat verrechnet wurde. Die Schnitter, die in Breslau angeworben und nicht wie die einheimischen Arbeiter im Deutschen Landarbeiter-Verband organisiert waren, bekamen dagegen nur 14 Mk. Der Gutsbesitzer hatte extra darauf gesehen, daß er, anders als im vorhergehenden Jahre, nichtorganisierte Schnitter bekäme, damit er ihnen nicht den Tarifsohn zu zahlen brauchte, und auch sie — wie wir — als Lohndrücker wirkten. Die Erbitterung der einheimischen Arbeiter war infolgedessen groß auf sie, zumal daß die Arbeiter einheitlich versuchten, ihre Lebensverhältnisse besser zu gestalten. Denn auch die Wohnungen waren mehr Löcher.

Da mich die Schulverhältnisse sehr interessierten, erkundigte ich mich eingehend danach und stellte fest, daß der dortige Lehrer sich überhaupt keine Mühe gibt, ohne daß ihm deshalb jemand etwas anhaben konnte. Viele Kinder können dort, wenn sie die Schule verlassen, kaum ihren Namen schreiben und überhaupt nicht rechnen. Das einzige, was geübt wird, ist das Katechismuslernen. Und obwohl die Elternräte, die sich dort gebildet haben, die aber das Haus des Lehrers unter Hinweis auf das Hausfriedensbruchsgesetz nicht betreten dürfen, die Abschaffung des Religionsunterrichtes forderten, nahm das Katechismuspauken kein Ende. Der Lehrer aber, der mit den Landarbeitern gar nichts zu tun hat, ist Mitglied des Pommerschen Landbundes, in dem nur die Großgrundbesitzer das Wort führen, und in den diese mit allen Gewaltmitteln auch ihre Arbeiter hineinzuziehen versuchen.

Ich bin als Kommunist zurückgekommen."

Die Metalle als Gewerbegifte

Eine Umschau. Von Dr. G. Wolff.

Aus der Monats-Zeitschrift „Kosmos", Handweiser für Naturfreunde.

Zahlreiche Metalle, die im Gewerbsleben eine ausgedehnte Verwendung finden, bilden die Ursache zu mehr oder minder starken Berufserkrankungen. Einzelne von ihnen, wie Blei, Quecksilber, Chrom, wirken so stark auf den menschlichen Organismus, daß sie ausgesprochene Vergiftungserscheinungen im Laufe längerer Einwirkung herbeizuführen vermögen. Diese Stoffe schädigen den Menschen demnach durch ihren Giftcharakter, sie üben, wie andere Gifte, einen chemischen Einfluß auf die Zellen des Körpers aus. In anderen Fällen, namentlich bei der Verhüttung der Schwermetalle, des Eisens, Kupfers usw., können physikalisch-mechanische Ursachen, etwa die Einwirkung der starken Hitze, die Reizwirkung des fortwährend eingeatmeten Metallstaubes, die dauernde Beanspruchung besonderer Glieder zu Störungen führen. Auch diese Erkrankungen gehören in das große Gebiet der Gewerbe- oder Berufskrankheiten, denen in erster Linie natürlich die im Gewerbeleben stehenden Arbeiter ausgesetzt sind.

Hier sollen die einzelnen Gewerbekrankheiten, die in unserem Zusammenhang in Frage kommen, kurz betrachtet werden. Bei weitem die größte Bedeutung von allen hat die chronische Bleivergiftung, von der die zahlreichen Arbeiter der Schmelzhütten, die Maler, Schriftsetzer und besonders die Schriftgießer, die Kabelarbeiter, Feilenhauer, Steingutarbeiter und noch viele andere, die im Berufsleben mit Blei zu tun haben, betroffen werden. Die geringfügigen Mengen, die im Laufe vieler Jahre aufgenommen werden, rufen die oft so bösartigen Erscheinungen der chronischen Bleivergiftung hervor. Das in den Blutkreislauf gelangte Metall wird fast in allen Organen abgelagert, in der Leber, den Nieren, dem Gehirn, und gelangt sehr langsam wieder zur Ausscheidung. Die Hauptentgiftungsorgane des Körpers, die Nieren, bringen es mit dem Harn aus dem Körper; auch im Darm und Speichel wird es ausgeschieden und verläßt auf diese Weise den Organismus, freilich nachdem es überall seine Merkmale hinterlassen hat.

Am gefährlichsten ist der Bleistaub, das fein verteilte Metall, das in vielen Fabrikbetrieben als unvermeidliches Uebel den Arbeiter schädigt. Der Staub dringt in die Lungen und gelangt von hier viel schneller in das Blut als vom Darm aus; immerhin können aber auch die geringen Mengen, die jahrelang infolge der Verunreinigungen der Speisen durch schmutzige, mit Bleistaub behaftete Hände in den Darmkanal gelangen, zu einer Bleivergiftung mit allen ihren Folgen führen. Auch dadurch, daß Nahrungsmittel (Sardinen, Konserven usw.) in bleihaltigen Gefäßen aufbewahrt wurden, sind nicht selten Vergiftungen vorgekommen, namentlich bei Leuten, die sich lange Zeit mit konservieren, in Blechgefäßen aufbewahrten Speisen ernähren müssen. Diese Vergiftungen lassen sich aber vermeiden, wenn geeignete Sicherheitsmaßregeln getroffen und bleihaltige Gefäße für die Aufbewahrung von Lebensmitteln, Salben usw. grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Viel schwieriger hingegen ist die Ausschaltung des Bleies aus dem Gewerbeleben. Solange man sich schon bemüht, das giftige Metall durch andere nicht so gefährliche Stoffe zu ersetzen, man kommt immer wieder zum Blei zurück. Es ist nicht möglich, die Bleifarben vollständig auszuschalten; selbst das Bleiweiß, das man durch Zinkweiß ersetzen zu können glaubte, ist nach der Angabe der Fachleute in mancher Hinsicht der Zinkfarbe überlegen. Wenn man also nicht radikal vorgehen, das Blei nicht vollständig aus dem Berufsleben entfernen kann, so sollten wenigstens alle Beteiligten so vorsichtig wie möglich zu Werke gehen und die gesetzlichen Bestimmungen, die fast in allen Ländern getroffen sind, einhalten. Nicht in seltenen Fällen sind es die in Bleibetrieben tätigen Arbeiter selbst, die leichtsinnig die Schutzvorrichtungen unbeachtet lassen, bis sie dann den Schaden am eigenen Leibe spüren. Es ist den Malern zum Beispiel nicht abzugewöhnen, den Pinsel in den Mund zu stecken, wenn sie ihn mit einem anderen vertauschen wollen; sie tun das immer wieder und beschleunigen natürlich so die Gefahr einer Bleivergiftung.

Schon am Tierexperiment hat man feststellen können, daß sich die Bleiwirkung im wesentlichen auf den Darmkanal und das Zentralnervensystem erstreckt. Ganz ähnlich verhält sich auch der Mensch, bei der Wirkung des Bleies ausgesetzt ist. Am meisten machen sich die schädigenden Einflüsse auf den Darm in Form der Bleikolik, auf das Zentralnervensystem in Form mannigfacher Lähmungen und mit Krämpfen einhergehender Gehirnleiden bemerkbar. Zu diesen Hauptmerkmalen kommen dann noch die anfallsweise auftretenden, reißenden Gelenkschmerzen. Charakteristisch für die Bleivergiftung ist ihr vollkommen regelloser Verlauf. Nach einer Periode der Gesundheit kann plötzlich, ohne daß eine Ursache vorhanden ist, das Gift von neuem seine Wirksamkeit entfalten, einen heftigen Anfall von Bleikolik oder ein anderes Symptom hervorrufen. Wir können das nur so erklären, daß das Gift, das seit langem eingekapselt an einer Stelle des Körpers lag, plötzlich von neuem in den Kreislauf gelangt und infolgedessen die neuen Anfälle auslöst. Die Tücke dieser Gewerbekrankheit besteht gerade darin, daß man sich gegen sie schwer schützen kann, wenn sie erst einmal zum Ausbruch gekommen ist.

Die Bleivergiftung beginnt zunächst mit etwas unbestimmten Allgemeinerscheinungen, Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit, Abmagerungen; bei Frauen stellen sich häufig Unregelmäßigkeiten der monatlichen Blutungen ein. Es soll auch bei ihnen häufig zur Früh- und Fehlgeburt kommen. Ein sehr charakteristisches und für die Erkennung hochwichtiges Frühsymptom ist der sogenannte Bleisaum, eine schiefergraue Verfärbung des Zahnfleisches, die von einer Ausscheidung des Metalls im Speichel der Mundhöhle herrührt. Mikroskopisch kleine Körnchen von Schwefelblei verursachen die schwarzgraue Färbung dieses Saumes. Da der Bleisaum den Beginn der Krankheit anzeigt und bei einer ausgesprochenen Vergiftung kaum fehlt, ist seine Beachtung von großer Bedeutung. Wenn um diese Zeit jede Beschäftigung mit dem Metall aufgegeben wird, kann die Erkrankung noch einen günstigen Verlauf nehmen; wenn das Warnungssignal, das uns die Natur selbst gibt, unbeachtet bleibt, kommt es meist zu den viel schwereren Folgeerscheinungen. Zunächst zur Bleikolik, einem mit heftigen Schmerzen einhergehenden, anfallsweise auftretenden Darmkrampf.

Sehr unangenehm sind auch die heftigen, reißenden Gelenkschmerzen, die nicht selten im Gefolge einer Bleivergiftung, ebenfalls anfallsweise, auftreten und mit echten Gichtanfällen große Aehnlichkeit haben. Zu den Anzeichen, die erst verhältnismäßig spät erscheinen, gehören die Bleilähmungen. Sie betreffen in der Regel zuerst den Unterarm, gehen dann auf Oberarm und Schulter über, während die unteren Gliedmaßen seltener befallen werden. Die Lähmungen gehören zu den schlimmsten Erscheinungen der Bleivergiftung; sie sind nicht wieder gut zu machen, da die betreffenden Nerven unter dem Einfluß des heimtückischen Metalls degenerieren. Die Lähmungen, die zumeist noch im Laufe der Zeit zunehmen, schleichend auch andere Gebiete ergreifen, machen den davon betroffenen Menschen erwerbsunfähig. Von anderen Organen wird durch das Blei noch die Erkrankung der Nieren angegriffen; es liegt ja nahe, daß das Gift dort, wo es zur Ausscheidung aus dem Körper kommt, nämlich in den Nieren, Störungen verursacht. Die als Folge einer Bleivergiftung zuweilen auftretenden Nierenkrankheiten können ebenfalls großen Schaden anrichten, Wassersucht und die übrigen Merkmale [illegible] hervorrufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220624-15/fragment/page=0007

Operetten-Theater.
Allabendlich der Bombenschlager:
Die Schöne vom Strande.
Operette in 3 Akt. von Bitt. Holländer.
Willi Schur . . . . . Onkel Knauer.
Kasse ab ½10 ununterbrochen geöffnet (Tel. 6133).

Walhalla-Theater
Varieté 1. Ranges. Dir. Jos. Miloo
Ganz Halle muß das großartige 2. Zunf-Programm gesehen haben.
Sonntag nachmittag 3,30 Uhr zu billigen Preisen
Große Familien- und Kindervorstellung
mit ungekürztem Abendprogramm.
Jeder Erwachsene hat ein Kind frei!
Abends 8 Uhr:
Extragroße Prunkvorstellung.
Gewöhnliche Preise.
Vorverkauf den ganzen Tag an der Theaterkasse.
2637

Nußbaum-Bufett
m. weiß. Marmorpl., Vierzugtisch, Rohrlehnstühle, Nußb.-Herrenzim., Schreibtische mit Aufsatz, pass. Bücherschrank, Plüschgarnituren, Plüschsofa, Kücheneinrichtungen, Bettstellen m. Matratzen verkauft billig
Friedrich Pelleke
2647 Geiststr. 25.

Ansichts-Postkarten
Volksbuchhandlung.

Modezeitungen Jugendschriften,
empfiehlt die
Volksbuchhandlung
Harz 42/44.

Drei Beispiele
sollen Ihnen erneut
unsere große Billigkeit
beweisen.
Alte Abschlüsse!
Beweise unserer Leistungsfähigkeit.

Voll-Voile pr. Schweizerw. i. all. mod. Farb., doppeltbreit, Mtr. **162⁵⁰**
Popeline reine Wolle, doppeltbreit Mtr. 295,00 225,00 **175⁰⁰**
Cheviot reine Wolle, 130/140 breit, gute Qual., 325,00 295,00 **195⁰⁰**

Bedeutendes Lager in Anzug-, Ulster- u. Hosenstoffen, Kostüm-, Kleider- u. Waschstoffen

SPECIALHAUS FÜR HERREN- UND DAMENSTOFFE
Mitteldeutsche Textilgesellschaft m. b. H.
Gr. Ulrichstr. 12
2644

Besuchstaschen
in großer Auswahl, zu bekannt billigen Preisen.
Friedr. Pietsch,
Sattlermeister,
Schweischkestr. 41.
468

Schulbücher
Schiefertafeln
empfiehlt die
Volksbuchhandlung
Harz 42/44.

Volkspark.
Sonnabend u. Sonntag:
Konzert u. Ball
2649

L.-J. Martini Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
Schmidts Ballsaal, Dessauerstr. 12.
Doppelte Kapelle. 2650 Allerhand Feg.

Kaffeegarten Trotha. Beliebtes Ausflugslokal.
Sonntag, 25. Juni: **Kränzchen**
bei freiem Eintritt.

Holzgitter-Kinder-Bettstelle 2651
billig zu verkaufen.
Merseburger Straße 22, Hinterhaus III r.

2645 Ein
großer Posten
braune
Gruben-Hemden
solange Vorrat
89.50 98.50
Wäsche- und Wollwarenlager
Gr. Ulrichstr. 23
Ecke Jägergasse.

K.P.D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Leitungssekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Distriktsführer! Sonntag, den 25. Juni, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark", Kattellzimmer: **Kreiskonferenz.** Jeder Distrikt muß vertreten sein.

Kommunistische Schneider. Unsere Sitzung findet nicht Montag, den 26. Juni, sondern Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" statt.

Distrikte 1, 3, 4. Die **Frauenversammlung** ist auf Donnerstag, 29. Juni, verlegt.

Distrikt 6. Heute, Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 Uhr, erscheinen sämtliche Funktionäre des Distrikts zu einer sehr wichtigen Sitzung.

Distrikt 13. Sonntag, 25. Juni: **Agitationstour nach Lauis.** Treffpunkt früh 6 Uhr Riebeckplatz. Genossen anderer Distrikte mögen sich anschließen.

Kreis Delitzsch:

Gleisen. Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Berlin": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die Gegenrevolution auf dem Marsche". Referent: Genosse Schippa, Halle.

Kreis Merseburg.

Merseburg. Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Sächsischen Hof": **Distriktsversammlung des 4. Arbeitsgebiets.**

Alle Funktionäre und Mitglieder, welche Interesse an dem Kursus haben, werden ersucht, Dienstag abend pünktlich ½5 Uhr im kleinen Saal der „Hundeburg" zu erscheinen.

Kreis Weißenfels.

Teuchern. Sonntag, den 25. Juni, abends 7½, im „Gasthof zum grünen Baum": **Mitgliederversammlung.**

Distrikt 4 (Teuchern, Gröben, Hohenmölsen, Teuben, Döbris, Unterwelsch). Sonntag, den 25. Juni, vormittags 9 Uhr, im Gasthof Beck in Mölschitz: **Distriktssitzung.** Jede Ortsgruppe muß unbedingt vertreten sein.

Osterfeld. Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 2 Uhr, in „Stadt Straßburg": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Zeitz.

Zeitz. Sonntag, den 25. Juni, vormittags 9 Uhr, im Restaurant Steinert (Weberstr.): **Gruppenführer-Vollsitzung mit Einschluß der gesamten politischen Leitung.** Thema: „Die politische Lage." Referent ist zur Stelle.

Aue, Aylsdorf, Zeugenberg. Sonntag, den 25. Juni, abends ½8 Uhr, im „Dianasaal", zu Aue: **Mitgliederversammlung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

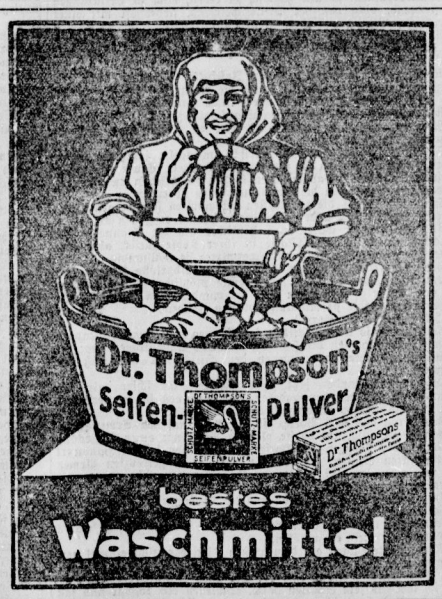
Weiß-Stickereien
fertigt an **Frieda Groß,** Hübenerstr. 4, II,
Eingang Riebeckstraße. 2643

ZOO. ZOO.
Sonntag, den 25. Juni, vorm. 10½ Uhr:
Führung durch den Zoologischen Garten.
Treffpunkt am Bärenzwinger.
Nachmittags 4—6½ Uhr: **Konzert**
vom Orchester des Hall. Operetten-Theaters.
Leitung: Kapellmeister **Georg Haupt.**
Donnerstag, den 29. Juni,
nachmittags 4—6 Uhr u. abends 7½—10 Uhr:
Konzert vom Philharm. Orchester.
Leit.: Obermusikmstr. K. Steuer.
Auf dem Schaustellungsplatze:
A. Frohns dressierte Seelöwen.
Täglich Vorstellungen. *553

WITTEKIND
Woche vom 25. Juni bis 1. Juli 1922.
Konzerte vom Philharmonischen Orchester.
Sonntag: **Früh-Konz.** 7—9 Uhr, **Nachm.-Konz.** 4—6½, **Abd.-Konz.** 7½—10 Uhr.
Dienstag: **Sinfonische Morgenmusik** 7—8 Uhr, mit verstärktem Orchester. *552
Nachm.-Konzert 4—6½ Uhr.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend: **Früh-Konzert** 7—8 Uhr.
Mittwoch: **Abend-Konzert** 8—10½ Uhr.
Freitag: **Nachm.-Konzert** 4—6½ Uhr.
Leitung: Obermusikmeister **Karl Steuer.**
Jeden Freitag abend 8 Uhr im Kurhause: **Gesellige Vereinigung nur für Dauerkarteninhaber.**

Tot aufgefunden
sind die Preise der Konkurrenz.
Ständig allen voran bewegen sich unsere Preise!
Wir zahlen bis auf Widerruf:
Bücher (gebünd.) kg **5,30** Mk., **Zeitungen** (gebündelt) kg **5,30** Mk., **Papierabfälle** (unrafrei) kg **4,00** Mk., **Hauslumpen** kg **3,00** Mk., **Schmiedeeisen** (kurz und blechfrei) kg **3,30** Mk., **Kupfer** kg **60** Mk., **Blei** kg **16** Mk., **Messing** kg **20** Mk., **Rotguß** kg **36** Mk., **Zink** kg **16** Mk., **Zinn** kg **60** Mk.
Paul Theurings
Rohprod.-Verw. G. m. b. H.
Telephon 5659 und 4363
nur **Gr. Brunnenstr. 61**
Triftstraße 24
Augustastr. 17 (Hof).
Beim Verkauf von Metallen ist ein Personenausweis mitzubringen.
Händler und Industrie erhalten Vorzugspreise.
Nur obige Firma zahlt diese Preise.
2636

Waldfest auf der Bischofswiese
am Sonntag, dem 25. Juni, nachm. 4 Uhr
Programm
1. Chorgesang
2. Ansprache
3. Kälberbrüten (Hans Sachs-Spiel)
4. Reigen der Kleinen
5. Der Bauer und der Kuhdieb
6. Reigen der Großen
7. Konzert-Gesang
8. Das Volk der Zukunft
9. Kinder-Fackelzug.
2630 (Bitte ausschneiden).



*550

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220624-15/fragment/page=0008